EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2007/2145(INI)

15.10.2008

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 – 237

Entwurf eines Berichts
Giusto Catania
(PE409.461v03-00)

über die Lage der *Grundrechte* in der Europäischen Union 2004–2007
(2007/2145(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Titel des Berichts

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Entwurf eines Berichts über die Lage der Menschenrechte in der Europäischen Union 2004–***2007***	Entwurf eines Berichts über die Lage der Menschenrechte in der Europäischen Union 2004–***2008***

Or. it

Änderungsantrag 2
Mary Lou McDonald

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– in Kenntnis der Neuerungen, denen die Regierungen der Mitgliedstaaten am 13. Dezember 2007 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon ihre Zustimmung erteilt haben und deren wichtigste unter anderem sind, dass die Charta nunmehr rechtsverbindlich ist und dass die Verpflichtung besteht, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beizutreten,	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 3
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– in Kenntnis der Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft und der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf,	– in Kenntnis der Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft und der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ***sowie der Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten,***

Or. en

Änderungsantrag 4
Martine Roure

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Berichte über Besuche in Aufnahmezentren für illegale Einwanderer,

Or. fr

Änderungsantrag 5
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Annahme der Schriftlichen Erklärung 0111/2007 zur Beendigung der Obdachlosigkeit,

Or. en

Änderungsantrag 6
Martine Roure

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament als direkt *gewählter Vertreter* der Bürger der Union davon überzeugt ist, dass es eine herausragende Verantwortung für die Umsetzung dieser Grundsätze trägt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass nach den gegenwärtig geltenden Vertragsbestimmungen das Recht auf Anrufung der gemeinschaftlichen Gerichte durch die Bürger nach wie vor sehr begrenzt ist,	B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament als direkt *gewählte Vertretung* der Bürger der Union ***deren Rechte gewährleistet und*** davon überzeugt ist, dass es eine herausragende Verantwortung für die Umsetzung dieser Grundsätze trägt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass nach den gegenwärtig geltenden Vertragsbestimmungen das Recht auf Anrufung der gemeinschaftlichen Gerichte durch die Bürger nach wie vor sehr begrenzt ist,

Or. fr

Änderungsantrag 7
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament als direkt gewählter Vertreter der Bürger der Union davon überzeugt ist, dass es eine herausragende Verantwortung für die Umsetzung dieser Grundsätze trägt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass nach den gegenwärtig geltenden Vertragsbestimmungen das Recht auf Anrufung der gemeinschaftlichen Gerichte durch die Bürger nach wie vor sehr begrenzt ist,	B. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament als direkt gewählter Vertreter der Bürger der Union davon überzeugt ist, dass es eine herausragende Verantwortung für die Umsetzung dieser Grundsätze trägt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass nach den gegenwärtig geltenden Vertragsbestimmungen das Recht auf Anrufung der gemeinschaftlichen Gerichte ***und des Europäischen Bürgerbeauftragten*** durch die Bürger nach

wie vor sehr begrenzt ist,

Or. it

Änderungsantrag 8
Mary Lou McDonald

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der zur Ratifizierung vorgelegte Vertrag von Lissabon ausdrücklich auf die Charta Bezug nimmt und ihr dasselbe rechtliche Gewicht einräumt wie den Verträgen,	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 9
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass der Zugang zu angemessenem Wohnraum ein grundlegendes Menschenrecht ist und der Zugang zu einer Bleibe oft der erste Schritt hin zu geeigneten und dauerhaften Wohnmöglichkeiten für Menschen ist, die von extremer Armut und Ausgrenzung betroffen sind, in der Erwägung, dass in jedem Winter überall in der EU Menschen erfrieren, weil es nicht genug Notunterkünfte und mobile Dienste gibt,

Or. en

Änderungsantrag 10
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer -1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-1a. betont, dass zum Schutz der Menschenrechte Maßnahmen auf mehreren Ebenen (international, europäisch, staatlich, regional und lokal) gehören, und hebt die Rolle hervor, die die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der konkreten Verwirklichung und bei der Förderung dieser Rechte spielen können;

Or. it

Änderungsantrag 11
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. unterstreicht, dass Artikel 7 des EU-Vertrags ein europäisches Verfahren vorsieht, um sicherzustellen, dass schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in der EU nicht stattfinden, dass jedoch von einem solchen Verfahren , ungeachtet der Tatsache nie Gebrauch gemacht wurde, dass, wie durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte belegt, Verstöße in den EU-Mitgliedstaaten begangen werden; fordert die EU-Institutionen zur Einrichtung eines Monitoring-Mechanismus und zur Festlegung einer Reihe objektiver Kriterien für die Umsetzung des Artikel 7 EU-Vertrag auf;

Or. en

Änderungsantrag 12
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. fordert, die Kommission und den Rat auf, im Einklang mit Artikel 7 EU-Vertrag Maßnahmen aufgrund der Tatsache zu ergreifen, dass der italienische Verfassungsgerichtshof seit Monaten aktiv ist, ohne dass alle Richter ernannt wurden und der Monitoring-Ausschuss für Medien des italienischen Parlaments noch immer nicht gewählt wurde, wodurch die erforderliche demokratische Kontrolle behindert wird;

Or. en

Änderungsantrag 13
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass – wenn die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten vom Gerichtshof als Quelle der Anregung für die Rechtsprechung betreffend die Grundrechte genutzt werden – die Mitgliedstaaten nicht geltend machen können, die Charta würde für bestimmte Rechte einen weniger starken Schutz einräumen als ihre eigene Verfassung, um diese zu schwächen;	4. betont, dass – wenn die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten vom Gerichtshof als Quelle der Anregung für die Rechtsprechung betreffend die Grundrechte genutzt werden – ***die Charta der Grundrechte der Europäischen Union einen gemeinsamen Sockel von Mindestrechten darstellt und dass*** die Mitgliedstaaten nicht geltend machen können, die Charta würde für bestimmte Rechte einen weniger starken Schutz einräumen als ihre eigene Verfassung, um

diese zu schwächen;

Or. fr

Änderungsantrag 14
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass – wenn die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten vom Gerichtshof als Quelle der Anregung für die Rechtsprechung betreffend die Grundrechte genutzt werden – die Mitgliedstaaten nicht geltend machen können, die Charta würde für bestimmte Rechte einen weniger starken Schutz einräumen als ihre eigene Verfassung, um diese zu schwächen;	4. betont, dass – wenn die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ***und die Charta der Grundrechte*** vom Gerichtshof als Quelle der Anregung für die Rechtsprechung betreffend die Grundrechte genutzt werden – die Mitgliedstaaten nicht geltend machen können, die Charta würde für bestimmte Rechte einen weniger starken Schutz einräumen als ihre eigene Verfassung, um diese zu schwächen;

Or. en

Änderungsantrag 15
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. hebt hervor, dass die Richter der Mitgliedstaaten eine grundlegende Rolle im Prozess der Umsetzung der Menschenrechte spielen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ein System der ständigen Weiterbildung für die nationalen Richter im Hinblick auf die Systeme zum Schutz der Menschenrechte zu verwirklichen;

Or. it

Änderungsantrag 16
Maria da Assunção Esteves

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. erinnert daran, dass eine aktive Politik für die Menschenrechte nicht auf die Fälle beschränkt sein darf, die für die öffentliche Meinung am sichtbarsten sind, und dass schwerwiegende Rechtsverletzungen kaum der kritischen Kontrolle dieser öffentlichen Meinung unterliegen, weil sie in geschlossenen Einrichtungen für Minderjährige, Senioren und Kranke sowie in Haftanstalten vorkommen; unterstreicht die Notwendigkeit einer sachkundigen Kontrolle der Lebensumstände in diesen geschlossenen Einrichtungen durch die Mitgliedstaaten und die Europäische Union, sowohl was die Vorschriften als auch was die Praktiken betrifft;

Or. pt

Änderungsantrag 17
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und	7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und

Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde***, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden könnten, insbesondere die Antiterrorpolitik, Misshandlungen und Anwendung von Gewalt durch die Polizei, das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel***;	Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde;

Or. en

Änderungsantrag 18
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden könnten, insbesondere die Antiterrorpolitik, ***Misshandlungen und Anwendung von Gewalt durch die Polizei,*** das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel;

errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden könnten, insbesondere die Antiterrorpolitik, das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel;

Or. it

Änderungsantrag 19
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu	7. begrüßt die Schaffung der Agentur als ersten Schritt, um den Forderungen des Europäischen Parlaments nachzukommen, einen integrierten ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen zu schaffen, mit dessen Hilfe die Charta wirksam angewandt werden kann und Übereinstimmung mit dem von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten errichteten System gewährleistet wird; verweist jedoch darauf, dass in dem jährlichen Gesamtbericht über die Menschenrechte, der vom europäischen Netz unabhängiger Sachverständiger zu

den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden *könnten*, insbesondere die Antiterrorpolitik, Misshandlungen und Anwendung von Gewalt durch die Polizei, das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel;

den Menschenrechten erstellt und bis 2005 veröffentlicht wurde, die Anwendung aller von der Charta anerkannten Rechte in jedem einzelnen Mitgliedstaat untersucht wurde, und ist deshalb besorgt angesichts der Tatsache, dass infolge des begrenzten Mandats der Agentur und der Auflösung des Netzes eine ganze Reihe von wichtigen Bereichen der Menschenrechtspolitik in Europa nicht mehr systematisch untersucht werden *könnte*, insbesondere die Antiterrorpolitik, Misshandlungen und Anwendung von Gewalt durch die Polizei, das Recht auf ein faires Verfahren, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel***, Schutz der Privatsphäre und des Familienlebens, extreme Armut und soziale Ausgrenzung***;

Or. fr

Änderungsantrag 20
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. betont im Hinblick auf das begrenzte Mandat der Agentur, dass Fragen der Menschenrechte nicht künstlich in Bereiche des ersten, zweiten und dritten Pfeilers getrennt werden dürfen, wie die Mitgliedstaaten die Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union definiert haben, da die Grundrechte ein untrennbares Ganzes darstellen und in enger Wechselbeziehung stehen; ist der Auffassung, dass es deshalb erforderlich ist, dass Kommission und Rat in Zusammenarbeit mit der Agentur zunächst einmal die Probleme im Bereich der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten insgesamt prüfen, ***und zwar über den rein europäischen Rahmen hinaus, ohne sich auf die jeweils in der Europäischen Union aktuellen Themen oder auf konkrete***	8. betont im Hinblick auf das begrenzte Mandat der Agentur, dass Fragen der Menschenrechte nicht künstlich in Bereiche des ersten, zweiten und dritten Pfeilers getrennt werden dürfen, wie die Mitgliedstaaten die Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union definiert haben, da die Grundrechte ein untrennbares Ganzes darstellen und in enger Wechselbeziehung stehen; ist der Auffassung, dass es deshalb erforderlich ist, dass Kommission und Rat in Zusammenarbeit mit der Agentur zunächst einmal die Probleme im Bereich der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten insgesamt prüfen, indem sie immer wieder auftretende Probleme und aktuelle Fragen im Bereich der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten bestimmen und alle

juristische und politische Instrumente zu beschränken, indem sie immer wieder auftretende Probleme und aktuelle Fragen im Bereich der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten bestimmen und alle bestehenden internationalen und europäischen Mechanismen in Erwägung ziehen;

bestehenden internationalen und europäischen Mechanismen in Erwägung ziehen;

Or. it

Änderungsantrag 21
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***behält sich das Recht vor,*** die Arbeit der Agentur in der Europäischen Union zu beobachten ***und sich mit Menschenrechtsfragen, die nicht in die Zuständigkeit der Agentur fallen, zu befassen; fordert die Kommission auf, gemäß ihrer Aufgabe als Hüterin der Verträge dasselbe zu tun***;	10. hebt hervor, wie wichtig es ist, die Arbeit der Agentur in der Europäischen Union zu beobachten; begrüßt das Recht, von der Agentur die Veröffentlichung von Schlussfolgerungen und Stellungnahmen zu spezifischen Themen zu verlangen;

Or. it

Änderungsantrag 22
Maria Grazia Pagano

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert ***den Rat auf***, ***in seinen künftigen Jahresberichten zur Lage der Menschenrechte in der Welt neben einer Analyse der Situation in der Welt auch die Lage in jedem einzelnen Mitgliedstaat zu analysieren***; ist der Auffassung, dass eine solche gemeinsame Analyse deutlich	11. fordert, ***dass neben den Jahresberichten des Rates zur Lage der Menschenrechte in der Welt das Europäische Parlament Jahresberichte über die Lage der Menschenrechte innerhalb jedes Mitgliedstaats auf der Grundlage spezifischer von der Agentur***

machen würde, dass sich in die EU in gleicher Weise für den Schutz der Menschenrechte in ihrem Innern wie auch außerhalb ihrer Grenzen einsetzt, damit verhindert wird, dass verschiedene Maßstäbe angelegt werden;

der Europäischen Union für die Grundrechte verlangten Studien vorlegt; ist der Auffassung, dass eine solche gemeinsame Analyse deutlich machen würde, dass sich in die EU in gleicher Weise für den Schutz der Menschenrechte in ihrem Innern wie auch außerhalb ihrer Grenzen einsetzt, damit verhindert wird, dass verschiedene Maßstäbe angelegt werden;

Or. it

Änderungsantrag 23
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den nationalen Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, ***die nach den Pariser Grundsätzen der Vereinten Nationen arbeiten,*** Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive sowie ausreichende Finanzmittel zu gewähren, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es zu den Aufgaben dieser Einrichtungen gehört, die Menschenrechtspolitik zu verfolgen und somit Versäumnissen vorzubeugen und Verbesserungen anzuregen, wobei die Wirksamkeit der Maßnahmen natürlich in erster Linie daran zu messen ist, ob Probleme im Vorfeld verhindert und nicht nur bestehende Probleme gelöst werden;	12. ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, einflussreiche und unabhängige nationale Einrichtungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten im Rahmen der Pariser Grundsätze der Vereinten Nationen einzurichten***; fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den ***bereits bestehenden*** nationalen Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive sowie ausreichende Finanzmittel zu gewähren, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es zu den Aufgaben dieser Einrichtungen gehört, die Menschenrechtspolitik zu verfolgen und somit Versäumnissen vorzubeugen und Verbesserungen anzuregen, wobei die Wirksamkeit der Maßnahmen natürlich in erster Linie daran zu messen ist, ob Probleme im Vorfeld verhindert und nicht nur bestehende Probleme gelöst werden;

Or. it

Änderungsantrag 24
Maria Grazia Pagano

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den nationalen Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, die nach den Pariser Grundsätzen der Vereinten Nationen arbeiten, Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive sowie ausreichende Finanzmittel zu gewähren, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es zu den Aufgaben dieser Einrichtungen gehört, die Menschenrechtspolitik zu verfolgen und somit Versäumnissen vorzubeugen und Verbesserungen anzuregen, wobei die Wirksamkeit der Maßnahmen natürlich in erster Linie daran zu messen ist, ob Probleme im Vorfeld verhindert und nicht nur bestehende Probleme gelöst werden;	12. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den nationalen Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, die nach den Pariser Grundsätzen der Vereinten Nationen arbeiten, Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive sowie ausreichende Finanzmittel zu gewähren, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es zu den Aufgaben dieser Einrichtungen gehört, die Menschenrechtspolitik zu verfolgen und somit Versäumnissen vorzubeugen und Verbesserungen anzuregen, wobei die Wirksamkeit der Maßnahmen natürlich in erster Linie daran zu messen ist, ob Probleme im Vorfeld verhindert und nicht nur bestehende Probleme gelöst werden; ***fordert die Mitgliedstaaten – die noch nicht dafür Sorge getragen haben – auf, die oben genannten nationalen Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte einzurichten;***

Or. it

Änderungsantrag 25
Maria Grazia Pagano

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. verweist darauf, dass es unter politischen Gesichtspunkten für wesentlich	14. verweist darauf, dass es unter politischen Gesichtspunkten für wesentlich

hält, dass die Förderung der Grundrechte in die Ziele aufgenommen wird, die umgesetzt werden sollen, wenn der gemeinschaftliche Besitzstand vereinfacht oder neu formuliert wird; fordert, dass bei jeder neuen Maßnahme, jedem neuen Legislativvorschlag und jedem neuen Programm eine Folgenabschätzung vorgenommen wird, bei der die Achtung der Grundrechte geprüft wird, und dass diese Bewertung obligatorisch in die Begründung des Vorschlag aufgenommen wird;	hält, dass die Förderung der Grundrechte in die Ziele aufgenommen wird, die umgesetzt werden sollen, wenn der gemeinschaftliche Besitzstand vereinfacht oder neu formuliert wird; fordert, dass bei jeder neuen Maßnahme, jedem neuen Legislativvorschlag und jedem neuen Programm eine Folgenabschätzung vorgenommen wird, bei der die Achtung der Grundrechte geprüft wird, und dass diese Bewertung obligatorisch in die Begründung des Vorschlag aufgenommen wird, ***und wünscht, dass auch die Mitgliedstaaten sich mit entsprechenden Instrumenten zur Folgenabschätzung in der darauf folgenden Phase der innerstaatlichen Umsetzung des Gemeinschaftsrechts ausstatten***;
	Or. it

Änderungsantrag 26
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. verweist darauf, dass es unter politischen Gesichtspunkten für wesentlich hält, dass die Förderung der Grundrechte in die Ziele aufgenommen wird, die umgesetzt werden sollen, wenn der gemeinschaftliche Besitzstand vereinfacht oder neu formuliert wird; fordert, dass bei jeder neuen Maßnahme, jedem neuen Legislativvorschlag und jedem neuen Programm eine Folgenabschätzung vorgenommen wird, bei der die Achtung der Grundrechte geprüft wird, und dass diese Bewertung obligatorisch in die Begründung des Vorschlag aufgenommen wird;	14. verweist darauf, dass es unter politischen Gesichtspunkten für wesentlich hält, dass die Förderung der Grundrechte in die Ziele aufgenommen wird, die umgesetzt werden sollen, wenn der gemeinschaftliche Besitzstand vereinfacht oder neu formuliert wird; fordert, dass bei jeder neuen Maßnahme, jedem neuen Legislativvorschlag und jedem neuen Programm eine Folgenabschätzung vorgenommen wird, ***und wünscht, dass auch die Mitgliedstaaten sich mit entsprechenden Instrumenten zur Folgenabschätzung in der darauf folgenden Phase des Verfahrens der innerstaatlichen Umsetzung des Gemeinschaftsrechts ausstatten***;

Or. it

Änderungsantrag 27
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die Ratsvorsitze auf, ein Forum der Menschenrechtsorganisationen zu veranstalten, in dessen Rahmen die Bürgergesellschaft und die europäischen Institutionen eingehende Diskussionen über Menschenrechtsfragen in den Mitgliedstaaten führen können; betont, dass dieses Forum offen für eine möglichst breite Teilnahme sein muss;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 28
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. verweist auf die wichtige Aufgabe, die die Kontrollinstitutionen und -mechanismen des Europarates sowie seine verschiedenen Konventionen in Menschenrechtsfragen erfüllen; fordert die Organe der EU sowie die Agentur dringend auf, diese Erfahrungen zu nutzen, diese Mechanismen zu berücksichtigen und in die Verfahren für die Zusammenarbeit einzubeziehen und die vom Europarat entwickelten Standards sowie andere konkrete Ergebnisse seiner Arbeit zu nutzen; verpflichtet sich, alle	17. verweist auf die wichtige Aufgabe, die die Kontrollinstitutionen und -mechanismen des Europarates sowie seine verschiedenen Konventionen in Menschenrechtsfragen erfüllen; fordert ***die Mitgliedstaaten der Europäischen Union,*** die Organe der EU sowie die Agentur dringend auf, diese Erfahrungen zu nutzen, diese Mechanismen zu berücksichtigen und in die Verfahren für die Zusammenarbeit einzubeziehen und die vom Europarat entwickelten Standards sowie andere konkrete Ergebnisse seiner Arbeit zu

Möglichkeiten, die die Vereinbarung zwischen dem Europarat und der Europäischen Union bietet, auszuschöpfen;	nutzen; verpflichtet sich, alle Möglichkeiten, die die Vereinbarung zwischen dem Europarat und der Europäischen Union bietet, auszuschöpfen;

Or. it

Änderungsantrag 29
Maria Grazia Pagano

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. verweist auf die wichtige Aufgabe, die die Kontrollinstitutionen und -mechanismen des Europarates sowie seine verschiedenen Konventionen in Menschenrechtsfragen erfüllen; fordert die Organe der EU sowie die Agentur dringend auf, diese Erfahrungen zu nutzen, diese Mechanismen zu berücksichtigen und in die Verfahren für die Zusammenarbeit einzubeziehen und die vom Europarat entwickelten Standards sowie andere konkrete Ergebnisse seiner Arbeit zu nutzen; verpflichtet sich, alle Möglichkeiten, die die Vereinbarung zwischen dem Europarat und der Europäischen Union bietet, auszuschöpfen;	17. verweist auf die wichtige Aufgabe, die die Kontrollinstitutionen und -mechanismen des Europarates sowie seine verschiedenen Konventionen in Menschenrechtsfragen erfüllen; fordert die Organe der EU sowie die Agentur ***ebenso wie die Mitgliedstaaten selbst*** auf, diese Erfahrungen zu nutzen, diese Mechanismen zu berücksichtigen und in die Verfahren für die Zusammenarbeit einzubeziehen und die vom Europarat entwickelten Standards sowie andere konkrete Ergebnisse seiner Arbeit zu nutzen; verpflichtet sich, alle Möglichkeiten, die die Vereinbarung zwischen dem Europarat und der Europäischen Union bietet, auszuschöpfen;

Or. it

Änderungsantrag 30
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ist der Auffassung, dass – auch wenn	20. ist der Auffassung, dass – auch wenn

die Europäische Union als solche nicht Vertragspartei ist – die Tatsache, dass ***alle*** Mitgliedstaaten Übereinkommen oder anderen internationalen Rechtsinstrumenten im Bereich des Schutzes der Grundrechte beigetreten sind, eine Verpflichtung für die Union nach sich zieht, sich an die Bestimmungen dieser Instrumente sowie gegebenenfalls an die Empfehlungen zu halten, die die im Rahmen dieser Instrumente geschaffenen Organe abgeben, soweit das Recht der Union keinen gleich- oder höherwertigen Schutz bietet; wünscht, dass der Gerichtshof sich diesen Ansatz in seiner Rechtsprechung zu eigen macht;	die Europäische Union als solche nicht Vertragspartei ist – die Tatsache, dass ***ihre*** Mitgliedstaaten Übereinkommen oder anderen internationalen Rechtsinstrumenten im Bereich des Schutzes der Grundrechte beigetreten sind, eine Verpflichtung für die Union nach sich zieht, sich an die Bestimmungen dieser Instrumente sowie gegebenenfalls an die Empfehlungen zu halten, die die im Rahmen dieser Instrumente geschaffenen Organe abgeben, soweit das Recht der Union keinen gleich- oder höherwertigen Schutz bietet; wünscht, dass der Gerichtshof sich diesen Ansatz in seiner Rechtsprechung zu eigen macht;

Or. en

Änderungsantrag 31
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Titel zwischen Ziffer 21 und 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Menschenrechte und ***Sicherheit***	Menschenrechte***, Freiheit, Sicherheit*** und ***Recht***

Or. en

Änderungsantrag 32
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass es notwendig ist, in dem Maße, wie sich die Zuständigkeiten der EU entwickeln, die Grundrechte und die Freiheiten des Einzelnen zu bewerten und voll und ganz zu respektieren; ist deshalb der Auffassung, dass die zwei Ziele,	22. betont, dass es notwendig ist, in dem Maße, wie sich die Zuständigkeiten der EU entwickeln, die Grundrechte und die Freiheiten des Einzelnen zu bewerten und voll und ganz zu respektieren; ist deshalb der Auffassung, dass die zwei Ziele,

nämlich die Grundrechte zu wahren und die kollektive Sicherheit zu gewährleisten, miteinander vereinbar sind und dass angemessene politische Maßnahmen verhindern können, dass ein repressives Vorgehen die Freiheiten des Einzelnen bedroht;

nämlich die Grundrechte zu wahren und die kollektive Sicherheit zu gewährleisten, ***nicht nur*** miteinander vereinbar ***sondern miteinander verflochten*** sind und dass angemessene politische Maßnahmen verhindern können, dass ein repressives Vorgehen die Freiheiten des Einzelnen bedroht;

Or. en

Änderungsantrag 33
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. ist der Auffassung, dass die Entwicklung eines auf die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung basierenden europäischen Rechtsraums sich auf die entsprechenden Verfahrensgarantien in der gesamten EU und die Achtung der Grundrechte, wie sie im Artikel 6 EUV unterstrichen werden, gründen muss; fordert die rasche Annahme einer angemessenen legislativen Maßnahme zu den Rechten des Einzelnen in Strafverfahren; fordert die Mitgliedstaaten auf, sicher zu stellen, dass der Europäische Haftbefehl und andere Maßnahmen der gegenseitige Anerkennung im Einklang mit den EU-Menschenrechts-Standards in der Weise angewandt werden, dass eine Nicht-Einhaltung dieser Standards ein Grund für die Ablehnung der Vollstreckung sein kann;

Or. en

Änderungsantrag 34
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. bekundet seine Besorgnis über die hohe Zahl der Verstöße gegen die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte in EU-Mitgliedstaaten [1] und fordert sie nachdrücklich auf, dementsprechende Entscheidungen zu treffen und strukturelle Mängel und systematische Verletzungen der Menschenrechte durch die Einführung notwendiger Reformen anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 35
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fördern; ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine	24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte ***sowie des Schutzes personenbezogener Daten und der Privatsphäre im Einklang mit den***

[1] Jahresbericht 2007 des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und insbesondere Urteile betreffend Verletzungen von 1999 bis 2007(unter den EU-Mitgliedsstaaten steht Italien an erster Stelle mit 1322 Urteilen) und der verletzten Artikel (wobei die Verfahrensdauer der am meisten durch einen EU-Mitgliedsstaaten verletzte Artikel ist. 948 Urteile gegen Italien); siehe ***http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/59F27500-FD1B-4FC5-8F3F-F289B4A03008/0/Annual_Report_2007.pdf***

wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren, einschließlich Ermittlungsverfahren, herangezogen werden;

Artikeln 7 und 8 der Charta zu fördern; ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren, einschließlich Ermittlungsverfahren, herangezogen werden;

Or. fr

Änderungsantrag 36
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fördern; ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren, einschließlich Ermittlungsverfahren,	24. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus oft dazu geführt hat, dass das Niveau des Schutzes der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesenkt wurde, und ist der Auffassung, dass die EU international entschlossener tätig werden muss, um eine echte Strategie auf der Grundlage der umfassenden Einhaltung internationaler Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte ***und des Schutzes der Privatsphäre und speziell personenbezogener Daten*** zu fördern; ist der Auffassung, dass im Rahmen einer solchen Strategie zu berücksichtigen ist, dass eine wirksame gerichtliche Kontrolle der Geheimdienste erforderlich ist, um zu vermeiden, dass Informationen, die mit Hilfe von Folter oder Misshandlungen oder unter anderen Bedingungen, die nicht den internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen, erlangt wurden, als Beweismittel in gerichtlichen Verfahren,

herangezogen werden;

einschließlich Ermittlungsverfahren, herangezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 37
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. Ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus zu einer Erosion des Grundrechts auf Privatsphäre, Datenschutz und Nicht-Diskriminierung führt; fordert den Rat auf, den Rahmenbeschluss zum Datenschutz in der dritten Säule im Einklang mit den Empfehlungen des EP anzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 38
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. ist besorgt über die Tatsache, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus vor allem zu einer Erosion des Grundrechts auf Privatsphäre, Datenschutz und Nicht-Diskriminierung führt, wie dem EU-USA PNR-Abkommen oder unzureichenden Datenschutzgrundsätzen, und dass das Risiko für die EU besteht, Maßnahmen zur allgemeinen Überwachung und zum

	„Profiling“ der Bürger einzuführen, die nicht im Einklang mit den EU-Standards für Menschenrechte stehen und keiner geeigneten Bewertung auf ihre Wirksamkeit unterliegen; fordert somit den Rat auf, den Rahmenbeschluss zum Datenschutze in der dritten Säule im Einklang mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments für höhere Standards anzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 39
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Empfehlungen seiner Entschließung vom 14. Februar 2007 der behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen umzusetzen, die darauf abzielen, die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Praxis illegaler Überstellungen zu klären;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 40
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die	25. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Empfehlungen seiner Entschließung vom

Empfehlungen seiner Entschließung vom 14. Februar 2007 der behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen[1] umzusetzen***, die darauf abzielen, die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Praxis illegaler Überstellungen zu klären***;	14. Februar 2007 der behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen[1] umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, eine starke diplomatische Initiative in Richtung US-Behörden zu verfolgen, um sicherzustellen, dass Guantanamo geschlossen wird, dass die Häftlinge nach US-Recht behandelt werden, und dass niemand in ein Land zurückgeschickt wird, in dem die Gefahr von Folter oder Misshandlung besteht;

Or. en

Änderungsantrag 42
Søren Bo Søndergaard

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. bedauert die Distanzierung und

[1] ABl. C 287 E vom 29.11.2007, S. 309.

Nicht-Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs erster Instanz vom 12. Dezember 2006 und der Entscheidung des britischen Berufungsgerichts vom 07. Mai 2008 zugunsten der PMOI (Volksmudschaheddin von Iran) seitens der EU;

Or. en

Änderungsantrag 43
Maria Grazia Pagano

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 44
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und ***damit*** Artikel 21 der Charta ***umzusetzen***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;	30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und Artikel 21 der Charta ***zu berücksichtigen***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;

Or. it

Änderungsantrag 45
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;	30. ***begrüßt zwar den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie auf der Grundlage von Artikel 13 EGV,*** fordert die Kommission ***jedoch*** auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;

Or. fr

Änderungsantrag 46
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang	30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang

immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; ***weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;***

immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt;

Or. en

Änderungsantrag 47
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ***fordert die Kommission auf, weiter an dem*** Vorschlag ***für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag*** der ***Erweiterung des Anwendungsbereichs*** der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung ***umfasst***, und damit Artikel 21 der Charta ***umzusetzen***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der	30. ***begrüßt den*** Vorschlag der ***Kommission für eine Richtlinie zur Umsetzung des Grundsatzes*** der ***Chancengleichheit außerhalb der Arbeit, wodurch der Anwendungsbereich der*** Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung ***erweitert wird***, und damit Artikel 21 der Charta ***umgesetzt wird***, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden:

Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;

aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;

Or. en

Änderungsantrag 48
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der	30. fordert die Kommission auf, weiter an dem Vorschlag für ein Legislativpaket zu arbeiten, das unter anderem den bislang immer wieder vertagten Vorschlag der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 2000/43/EG auf alle anderen Formen von Diskriminierung umfasst, und damit Artikel 21 der Charta umzusetzen, der einen größeren Spielraum einräumt als Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, da dort zusätzliche Fälle von Diskriminierung aufgezählt werden: aus Gründen der Hautfarbe, der sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, des Vermögens oder der Geburt; weist erneut nachdrücklich darauf hin, dass die bevorzugte Behandlung bestimmter Arten der Diskriminierung auf legislativer Ebene dazu führt, dass quasi eine Hierarchie zwischen den verschiedenen Arten der

Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte;	Diskriminierung entsteht, die es nicht geben dürfte; ***begrüßt deshalb den Vorschlag der Kommission für eine horizontale Richtlinie zur Bekämpfung von Diskriminierung, die alle in Artikel 13 aufgezählten Diskriminierungsgründe einschließt;***
	Or. en

Änderungsantrag 49
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. bedauert, dass die vorgeschlagene Richtlinien wesentliche Lücken beim rechtlichen Schutz vor Diskriminierung aufweist, namentlich da sie eine große Zahl von Ausnahmen in folgenden Bereichen vorsieht: öffentliche Ordnung, öffentliche Sicherheit und öffentliche Gesundheit, wirtschaftliche Tätigkeiten, Zivil- und Familienstand und Reproduktionsrechte, Bildung und Religion; ist besorgt darüber, dass durch diese „Ausweichklauseln“ kein echtes Verbot der Diskriminierung besteht, sondern diese eine Kodifizierung bestehender diskriminierender Praktiken, namentlich gegen Frauen und Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen (LGBT), zur Folge haben können; weist die Kommission darauf hin, dass die Richtlinie die Urteile in Präzedenzfällen im Bereich der Rechte von LGTB-Personen, namentlich das Urteil im Fall Maruko, berücksichtigen muss;
	Or. en

Änderungsantrag 50
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. fordert die Kommission auf, ***die*** Agentur ***in die Verfahren zur Erarbeitung gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung einzubeziehen, so dass diese*** einen wesentlichen Beitrag leisten ***kann***, indem sie regelmäßig aktuelle und detaillierte Informationen liefert, die für die Erarbeitung zusätzlicher Rechtsvorschriften wichtig sind, und schon in der Phase der Vorbereitung von Vorschlägen von Rechtsakten die Stellungnahme der Agentur einzuholen;	31. fordert die Kommission auf, ***der*** Agentur ***zu ermöglichen,*** einen wesentlichen Beitrag ***zu*** leisten, indem sie regelmäßig aktuelle und detaillierte Informationen liefert, die für die Erarbeitung zusätzlicher Rechtsvorschriften wichtig sind, und schon in der Phase der Vorbereitung von Vorschlägen von Rechtsakten die Stellungnahme der Agentur einzuholen;

Or. it

Änderungsantrag 51
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. fordert den Rat auf, ***alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zu einer Einigung über*** den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ***zu gelangen***; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat; fordert die Kommission auf, nach Konsultation der Agentur einen entsprechenden Rechtsakt zur Bekämpfung von Homophobie vorzuschlagen;	32. fordert den Rat auf, ***nach der politischen Einigung vom Dezember 2007*** den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ***so bald wie möglich anzunehmen***; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat; fordert die Kommission auf, nach Konsultation der Agentur einen entsprechenden Rechtsakt zur Bekämpfung von Homophobie

vorzuschlagen;

Or. fr

Änderungsantrag 52
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. fordert den Rat auf, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zu einer Einigung über den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu gelangen; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat; ***fordert die Kommission auf, nach Konsultation der Agentur einen entsprechenden Rechtsakt zur Bekämpfung von Homophobie vorzuschlagen;***	32. fordert den Rat auf, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zu einer Einigung über den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu gelangen; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat;

Or. it

Änderungsantrag 53
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. fordert den Rat auf, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zu einer Einigung über den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen	32. fordert den Rat auf, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um zu einer Einigung über den Vorschlag der Kommission über einen Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen

von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu gelangen; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat; ***fordert die Kommission auf, nach Konsultation der Agentur einen entsprechenden Rechtsakt zur Bekämpfung von Homophobie vorzuschlagen;***	von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu gelangen; verweist auf seine Stellungnahme vom 14. November 2007, in der es den Vorschlag befürwortet hat;

Or. pl

Änderungsantrag 54
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. ist besorgt über die unzureichende Kenntnis der Antidiskriminierungsvorschriften in den Mitgliedstaaten und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich verstärkt darum zu bemühen, dass diese Vorschriften bekannter werden; betont gleichzeitig, dass eine Rechtsvorschrift nur dann Wirkung zeigt, wenn die Bürger problemlos Zugang zu den Gerichten haben, da das System des Schutzes, das durch die Antidiskriminierungsrichtlinien vorgesehen ist, davon abhängt, ob die Opfer die Initiative ergreifen;	33. ist besorgt über die unzureichende Kenntnis der Antidiskriminierungsvorschriften in den Mitgliedstaaten und ***erinnert daran, dass sich die Bürger der Union die europäischen Rechtsvorschriften zu Eigen machen müssen, um ihre Rechte wahrnehmen zu können;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich verstärkt darum zu bemühen, dass diese Vorschriften bekannter werden; betont gleichzeitig, dass eine Rechtsvorschrift nur dann Wirkung zeigt, wenn die Bürger problemlos Zugang zu den Gerichten haben, da das System des Schutzes, das durch die Antidiskriminierungsrichtlinien vorgesehen ist, davon abhängt, ob die Opfer die Initiative ergreifen;

Or. fr

Änderungsantrag 55
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. stellt fest, dass mit den jüngsten Erweiterungen der EU zu den ca. 50 Minderheitengruppen, die es in der EU-15 gab, fast 100 weitere Gruppen hinzugekommen sind, und betont, dass in den ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten wegen des geringen Anteils von Migranten, Flüchtlingen und ansässigen Drittstaatsangehörigen sowie der Existenz autochthoner („traditioneller") Minderheiten, die in stärkerem Maße spürbar ist, Einwanderungs- und Integrationspolitik von der Minderheitenpolitik getrennt wird;	37. stellt fest, dass mit den jüngsten Erweiterungen der EU zu den ca. 50 Minderheitengruppen, die es in der EU-15 gab, fast 100 weitere – ***hauptsächlich nationale*** **–** Gruppen hinzugekommen sind, und betont, dass in den ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten wegen des geringen Anteils von Migranten, Flüchtlingen und ansässigen Drittstaatsangehörigen sowie der Existenz autochthoner („traditioneller") Minderheiten, die in stärkerem Maße spürbar ist, Einwanderungs- und Integrationspolitik von der Minderheitenpolitik getrennt wird;

Or. en

Änderungsantrag 56
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. betont, dass es ***kein*** gemeinsames Kriterium für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition auf der Grundlage der Empfehlung 1201 des Europarates (***1998***) zu erarbeiten;	38. betont, dass ***obwohl der Schutz von Minderheiten einen Teil der Kriterien von Kopenhagen ist,*** es ***weder ein*** gemeinsames Kriterium ***noch Mindeststandards*** für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition auf der Grundlage der Empfehlung 1201 des

Europarates (***1993***) zu erarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 57
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. betont, dass es kein gemeinsames Kriterium für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition ***auf der Grundlage der Empfehlung 1201 des Europarates (1998)*** zu erarbeiten;	38. ***vertritt die Auffassung, dass die Umsetzung der Rechte von Minderheiten manchmal positive Maßnahmen und spezifische Rechte für Personen erfordert, die Minderheiten angehören, insbesondere im Bereich der allgemeinen Bildung und Sprache; fordert alle Mitgliedstaaten, die es noch nicht getan haben, zur Unterzeichnung und Ratifizierung der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen und der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten auf, sowie früheren geäußerten Vorbehalte und restriktive Erklärungen zurückzunehmen;*** betont, dass es kein gemeinsames Kriterium für die Rechte nationaler Minderheiten in der Gemeinschaftspolitik gibt und dass es auch keine einheitliche Definition in der EU gibt, was die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit betrifft; empfiehlt, eine solche europaweite Definition zu erarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 58
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass mehr und mehr EU-Bürger von einem Mitgliedstaat in einen anderen umziehen und dass sie voll und ganz die Rechte genießen, die auf den Verträgen in Bezug auf ihren Status als EU-Bürger beruhen, insbesondere betreffend die Beteiligung an lokalen Wahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament und die Freizügigkeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, der Richtlinie 2004/38/EG über die Freizügigkeit umfassend gerecht werden, und die EU-Institutionen, weitere Maßnahmen zum Schutz der Rechte der europäischen Bürgern in der gesamten EU einzuleiten;

Or. en

Änderungsantrag 59
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. unterstreicht die Bedeutung des Schutzes und der Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass das Recht in der Muttersprache zu sprechen und unterrichtetet zu werden, eines der elementarsten Grundrechte ist; begrüßt ferner die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Anerkennung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, der von entscheidender Bedeutung für die umfassende Wahrnehmung der Rechte kultureller und religiöser Minderheiten ist;

Or. en

Änderungsantrag 60
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 38 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38b. ist der Auffassung, dass die die innerhalb der Union bestehenden besten Praktiken berücksichtigenden Grundsätze der Subsidiarität und der Selbstverwaltung die wirksamsten Wege zur Lösung der Probleme traditioneller nationaler Minderheiten sind; ermutigt zur Ausübung geeigneter Arten von Selbstverwaltung (personelle-kulturelle, territoriale, regionale Autonomien) auf der Grundlage einer gemeinsamen Abstimmung zwischen Mehrheit und Minderheit der Gemeinschaft unter uneingeschränkter Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 61
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 38 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38c. betont, dass die EU-Politik der Mehrsprachigkeit Regional- und Minderheitensprachen durch gezielte Finanzierung und spezifische Programme neben dem Programm für lebenslanges Lernen schützen und fördern soll;

Or. en

Änderungsantrag 62
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer in der Europäischen Union einzigartigen Lage befinden, da einige Mitgliedstaaten ihnen ungerechtfertigte oder nicht unbedingt erforderliche Anforderungen auferlegen, durch die diese Personen im Vergleich zu den Bürgern der Mehrheitsgruppe diskriminiert werden; fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, so zu behandeln wie die Mehrheitsgruppen, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind;	39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer in der Europäischen Union einzigartigen Lage befinden, da einige Mitgliedstaaten ihnen ungerechtfertigte oder nicht unbedingt erforderliche Anforderungen auferlegen, durch die diese Personen im Vergleich zu den Bürgern der Mehrheitsgruppe diskriminiert werden; fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, so zu behandeln wie die Mehrheitsgruppen, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind; ***verurteilt insbesondere Praktiken der vorsätzlichen Löschung eingetragener ständiger Wohnsitze innerhalb der Europäischen Union und fordert die betroffenen Regierungen auf, wirksame Maßnahmen zur Wiederherstellung des Status dieser Staatenlosen einzuleiten;***

Or. en

Änderungsantrag 63
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer in der Europäischen Union ***einzigartigen Lage*** befinden, ***da einige Mitgliedstaaten ihnen ungerechtfertigte oder nicht unbedingt erforderliche Anforderungen auferlegen, durch die diese Personen im Vergleich zu den Bürgern der Mehrheitsgruppe diskriminiert werden;*** fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, so zu behandeln wie die Mehrheitsgruppen, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind;	39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer ***Situation sui generis*** in der Europäischen Union befinden ***und*** fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, so zu behandeln wie die Mehrheitsgruppen, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind;

Or. it

Änderungsantrag 64
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer in der Europäischen Union einzigartigen Lage befinden, da einige Mitgliedstaaten ihnen ungerechtfertigte oder nicht unbedingt erforderliche Anforderungen auferlegen, durch die diese Personen im Vergleich zu den Bürgern der Mehrheitsgruppe diskriminiert werden; fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, ***so*** zu behandeln ***wie die Mehrheitsgruppen***, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind;	39. ist der Auffassung, dass sich Staatenlose, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten ansässig sind, in einer in der Europäischen Union einzigartigen Lage befinden, da einige Mitgliedstaaten ihnen ungerechtfertigte oder nicht unbedingt erforderliche Anforderungen auferlegen, durch die diese Personen im Vergleich zu den Bürgern der Mehrheitsgruppe diskriminiert werden; fordert deshalb alle betroffenen Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Staatenlosen und zur Verminderung der Staatenlosigkeit zu ratifizieren (1954, 1961); fordert die Mitgliedstaaten, die in den 1990er Jahren ihre Souveränität erlangt oder wiedererlangt haben, auf, alle Personen, die zuvor auf ihrem Gebiet ansässig waren, ***ohne Diskriminierung*** zu behandeln, und fordert sie auf, systematisch gerechte und auf den Empfehlungen der internationalen Organisationen beruhende Lösungen für die Probleme zu finden, denen sämtliche Opfer diskriminierender Praktiken ausgesetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 65
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. ist der Auffassung, dass die Gemeinschaft der Roma einen besonderen Schutz benötigt, da sie nach der Erweiterung der EU zu einer der zahlenmäßig größten Minderheiten in der	40. ist der Auffassung, dass die Gemeinschaft der Roma einen besonderen Schutz benötigt, da sie nach der Erweiterung der EU zu einer der zahlenmäßig größten Minderheiten in der

EU geworden ist; betont, dass diese Gemeinschaft seit jeher infolge von sich ständig verschärfender Diskriminierung und Ausgrenzung marginalisiert und daran gehindert worden ist, sich in bestimmten Schlüsselbereichen zu entwickeln;	EU geworden ist; betont, dass diese Gemeinschaft seit jeher infolge von sich ständig verschärfender Diskriminierung**,** ***Stigmatisierung*** und Ausgrenzung marginalisiert und daran gehindert worden ist, sich in bestimmten Schlüsselbereichen zu entwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 66
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. ist der Auffassung, dass die soziale Ausgrenzung und Diskriminierung der Romagemeinschaften trotz rechtlicher, politischer und finanzieller Instrumente, die zur Bekämpfung dieser Erscheinungen auf europäischer Ebene eingesetzt werden, eine Tatsache ist; stellt fest, dass die inkohärenten und nicht abgestimmten Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten bisher keine strukturellen und nachhaltigen Verbesserungen der Lage der Roma bewirkt haben, vor allem in Schlüsselbereichen wie dem Zugang zu Bildung, Wohnung und Beschäftigung, und dass diese Tatsache des Scheiterns nun öffentlich eingeräumt wird;	41. ist der Auffassung, dass die soziale Ausgrenzung und Diskriminierung der Romagemeinschaften trotz rechtlicher, politischer und finanzieller Instrumente, die zur Bekämpfung dieser Erscheinungen auf europäischer Ebene eingesetzt werden, eine Tatsache ist; stellt fest, dass die inkohärenten und nicht abgestimmten Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten bisher keine strukturellen und nachhaltigen Verbesserungen der Lage der Roma bewirkt haben, vor allem in Schlüsselbereichen wie dem Zugang zu Bildung, ***Gesundheit,*** Wohnung und Beschäftigung, und dass diese Tatsache des Scheiterns nun öffentlich eingeräumt wird;

Or. fr

Änderungsantrag 67
Lívia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:	43. betont, dass ein umfassender ***aktionsorientierter soziökonomischer*** Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme ***komplex*** angehen muss:
- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und ***in den öffentlichen Bildungssystemen***;	- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt***, qualitativer Bildung*** und ***Gesundheitsfürsorge***;
- die Tatsache, dass Behörden ***ihnen*** häufig ihre Rechte ***verwehren*** und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;	- die Tatsache, dass Behörden häufig ihre Rechte ***verletzen*** und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;
- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme;	- ***die weit verbreitete Roma feindliche Einstellungen,*** die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme;

Or. en

Änderungsantrag 68
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine	43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine

Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:

- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;

- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;

- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln;

- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:

- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum ***und Bildung***, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;

- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;

- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln;

- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

- die besonders schwierige Lage der Roma-Frauen, die mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind;

Or. fr

Änderungsantrag 69
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:	43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss***, indem sie einen "Fahrplan" für die Mitgliedstaaten mit Zielen und Prioritäten vorlegt, der Maßnahmen in der Europäischen Union synchronisiert und die Überwachung und Bewertung der Prozesse erleichtert***:
- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;	- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ***weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibungen und*** ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen ***und vom sozialen Wohlstand durch die Entwicklung von Maßnahmen, die darauf abzielen, sicherere sozial gemischten Wohnstätten bereitzustellen, Rechtsvorschriften zur Nichtdiskriminierung durchzusetzen und Schritte zu entwickeln, um das Problem der hohen Arbeitslosenrate anzugehen (beispielsweise durch die Unterstützung Selbstständiger***; ***die Entwicklung von Mikrokreditsystemen und Diversifizierungsmaßnahmen; die Heranziehung positiver Maßnahmen und deren Verallgemeinerung in relevanten Gemeinschaftsmaßnahmen; die Vertiefung der Zusammenarbeit und Verbreitung guter Praktiken im Rahmen der Roma betreffenden Fragen);***
- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig	- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig

ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;	ihre Rechte verwehren***, ihre soziale Ausgrenzung, die durch gewalttätige Ausschreitungen, soziale Unruhen, rassistische Angriffe, Massenmigration*** und ***Romafeindlichkeit ausgelöst werden, und*** dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;
- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen ***sowie*** das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln;	- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen***, Segregation,*** das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln***, so wie zahlreiche Verletzungen der Rechte von Roma-Frauen***;
- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;	- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Or. en

Änderungsantrag 70
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:	43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:
- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;	- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;
- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;	- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;
- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung ***bei der Gesundheitsfürsorge,*** einschließlich Zwangssterilisierungen ***sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und*** Zugang ***zu Verhütungsmitteln***;	- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme; die Diskriminierung einschließlich Zwangssterilisierungen ***unbefriedigenden*** Zugang ***zur Gesundheitsfürsorge***;
- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;	- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Änderungsantrag 71
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:	43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma folgende Probleme angehen muss:
- ***die Segregation von Roma beim*** Zugang zu Wohnraum, ***ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt*** und ***in den*** öffentlichen Bildungssystemen;	- ***den*** Zugang zu Wohnraum, ***zu medizinischer Behandlung und zu Pflichtimpfungen, die Einbeziehung in die Arbeitswelt und die*** öffentlichen ***Bildungssysteme***;
- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind:	***- die Anerkennung ihrer Rechte und die politische Vertretung***;
- die ***weitgehend unzureichenden*** Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und ***die zu geringe Zahl geeigneter*** Integrationsprogramme; ***die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln;***	- die Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und ***geeignete*** Integrationsprogramme;
- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer	

Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Or. it

Änderungsantrag 72
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma ***folgende*** Probleme angehen muss:	43. betont, dass ein umfassender Ansatz bei der Bekämpfung von Diskriminierungen erforderlich ist, der auf den Menschenrechten basiert und die europäische Dimension der Diskriminierung von Roma widerspiegelt; ist der Auffassung, dass eine Rahmenstrategie der EU zur Integration der Roma ***die aktuellen*** Probleme angehen muss:
- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;	- die Segregation von Roma beim Zugang zu Wohnraum, ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Bildungssystemen;
- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;	- die Tatsache, dass Behörden ihnen häufig ihre Rechte verwehren und dass sie politisch nicht angemessen vertreten sind;
- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme;	- die weitgehend unzureichenden Garantien gegen Diskriminierung aus Gründen der Rasse auf lokaler Ebene und die zu geringe Zahl geeigneter Integrationsprogramme;

die Diskriminierung bei der Gesundheitsfürsorge, einschließlich Zwangssterilisierungen sowie das Fehlen angemessener Informationen zu Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln;

- - Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Or. en

Änderungsantrag 73
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 43 – vierter Spiegelstrich

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt, ***die nicht Gegenstand unparteiischer Ermittlungen sind und nicht verfolgt werden; die Erstellung von Täterprofilen nach rassischen Gesichtspunkten – unter anderem durch Fingerabdrucknahme und andere Formen der Erfassung – sowie den großen Ermessensspielraum der***	- Diskriminierung durch die Polizei, insbesondere in Fällen (beabsichtigter) Erschießungen, Brandstiftungen, Schläge und anderer Formen von Gewalt,

Polizei, der Missbrauch ohne disziplinarische Konsequenzen zulässt; Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme zur Abstellung von Diskriminierung durch die Polizei, die weitgehend nicht existieren;

Or. en

Änderungsantrag 74
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. fordert die Mitgliedstaaten auf, die in dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau niedergelegten Rechte verstärkt zu wahren, zu schützen und umzusetzen, und fordert die betroffenen Mitgliedstaaten auf, ihre Vorbehalte aufzuheben und das Fakultativprotokoll zu diesem Übereinkommen zu ratifizieren;	44. fordert die Mitgliedstaaten auf, die in dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau niedergelegten Rechte verstärkt zu wahren, zu schützen und umzusetzen, und fordert die betroffenen Mitgliedstaaten auf, ihre Vorbehalte aufzuheben und das Fakultativprotokoll zu diesem Übereinkommen zu ratifizieren; ***unterstreicht gleichzeitig die Notwendigkeit, der konsequenten Wahrnehmung ihrer übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der UN-Erklärung und der Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995;***

Or. en

Änderungsantrag 75
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. fordert die Mitgliedstaaten und die EU auf, durch effiziente Maßnahmen, gegen die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen vorzugehen; trotz Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung und andere Bemühungen, ist die Diskriminierung von Frauen weit verbreitet und in den EU-Mitgliedstaaten oft geduldet; oft sind Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Diskriminierung und/oder deren Umsetzung für den Schutz von Frauen vor Diskriminierung nicht ausreichend;

Or. en

Änderungsantrag 76
Michael Cashman, Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union auf, gegen Mehrfachdiskriminierung vorzugehen viele Frauen sehen sich mehrfacher Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts und zur gleichen Zeit aus anderen Gründen zum Beispiel aus ethnischer, religiöser oder sexueller Identität ausgesetzt;

Or. en

Änderungsantrag 77
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44b. fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union auf, gegen Mehrfachdiskriminierung vorzugehen viele Frauen sehen sich mehrfacher Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts und zur gleichen Zeit aus anderen Gründen zum Beispiel aus ethnischer, religiöser oder sexueller Identität ausgesetzt;

Or. en

Änderungsantrag 78
Michael Cashman, Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44b. betont die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in allen im Zusammenhang mit Ehe, Partnerschaft und anderen familiären Beziehungen stehenden Fragen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 44 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44c. betont die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten, Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in allen im Zusammenhang mit Ehe, Partnerschaft und anderen familiären Beziehungen stehenden Fragen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. fordert, der Lage von Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, sowie von eingewanderten Frauen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da ihre Ausgrenzung durch Mehrfachdiskriminierung sowohl außerhalb als auch innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften noch verstärkt wird; empfiehlt die Annahme von integrierten nationalen Aktionsplänen, um der Mehrfachdiskriminierung wirksam entgegenzutreten, vor allem wenn sich in einem bestimmten Mitgliedstaat verschiedene Einrichtungen mit Problemen der Diskriminierung befassen;	45. fordert, der Lage von Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, sowie von eingewanderten Frauen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da ihre Ausgrenzung durch Mehrfachdiskriminierung sowohl außerhalb als auch innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften noch verstärkt wird; empfiehlt die Annahme von integrierten nationalen Aktionsplänen, um der Mehrfachdiskriminierung wirksam entgegenzutreten, vor allem wenn sich in einem bestimmten Mitgliedstaat verschiedene Einrichtungen mit Problemen der Diskriminierung befassen; ***und verweist auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Diskriminierung älterer Frauen und der Förderung ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt (d.h. durch Programme zum lebenslangen Lernen) aufgrund ihrer Anfälligkeit und einer wachsenden Zahl dieser Frauen innerhalb der Union;***

Or. en

Änderungsantrag 81
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. betont, dass die Gewalt, denen Frauen auf Grund ihres Geschlechts ausgesetzt sind, insbesondere häusliche Gewalt, auf europäischer und nationaler Ebene zugegeben und bekämpft werden muss, da es sich um eine weit verbreitete und oft unterschätzte Form des Verstoßes gegen Frauenrechte handelt, und fordert die Mitgliedstaaten deshalb auf, angemessene und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, Frauen vor jeder Form von Gewalt zu schützen, und dabei die Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen[1] zu berücksichtigen; ***fordert die Kommission auf, einen Legislativvorschlag vorzulegen, der darauf abzielt, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und die Opfer zu schützen;***	46. betont, dass die Gewalt, denen Frauen auf Grund ihres Geschlechts ausgesetzt sind, insbesondere häusliche Gewalt, auf europäischer und nationaler Ebene zugegeben und bekämpft werden muss, da es sich um eine weit verbreitete und oft unterschätzte Form des Verstoßes gegen Frauenrechte handelt, und fordert die Mitgliedstaaten deshalb auf, angemessene und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, Frauen vor jeder Form von Gewalt zu schützen, und dabei die Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen[2] zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 82
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

[1] Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, angenommen am 20. 12. 1993.
[2] Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, angenommen am 20. Dezember 1993.

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union auf, sexuelle Ausbeutung in all ihren Formen festzustellen und zu verfolgen; Mitgliedstaaten, die den vereinbarten EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels nicht gerecht werden, sollten zur Rechenschaft gezogen werden.[1] die Mitgliedstaaten sollten das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Ergänzung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, und das Übereinkommen des Europarats über Maßnahmen gegen Menschenhandel ratifizieren; die Mitgliedstaaten sollten den Schutz der Rechte der Opfer von Menschenhandel gewährleisten, und dabei insbesondere dem Bedürfnis von Frauen, die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung geworden sind, berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 83
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. wiederholt seine Forderung an die Mitgliedstaaten, das Übereinkommen des Europarats über Maßnahmen zur

[1] Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, Rahmenbeschluss 2002.

Bekämpfung des Menschenhandels zu ratifizieren, und fordert die Kommission dringend auf, den Aktionsplan gegen Menschenhandel umzusetzen, da diese Praktiken ernste Verletzungen der Menschenrechte sind;

Or. en

Änderungsantrag 84
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. betont, dass das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung zu sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung zu stellen ***sowie*** die Möglichkeiten der Verhütung zu vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können;	47. betont, dass das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung zu sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung zu stellen***,*** die Möglichkeiten der Verhütung zu vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können ***sowie Alleinerziehenden, die für soziale Ausgrenzung anfällig sind, Schutz zu gewähren***;

Or. en

Änderungsantrag 85
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. betont, dass das Recht auf reproduktive	47. betont, dass das Recht auf reproduktive

und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung ***zu*** sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung ***zu*** stellen sowie die Möglichkeiten der Verhütung ***zu*** vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können;

und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ***sicherzustellen, dass Frauen in vollem Umfang ihre Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheit wahrnehmen können, und dass sie gegebenenfalls Zugang zu sicherer und rechtlich zulässiger Abtreibung haben (in Einklang mit der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats angenommenen Entschließung vom 16.04.2008) in dem sie*** für eine angemessene Sexualerziehung sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung stellen sowie die Möglichkeiten der Verhütung vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 86
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. ***betont, dass das Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung zu sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung zu stellen sowie die Möglichkeiten der Verhütung zu vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können***;	47. ***hebt die Notwendigkeit einer Sexualbeziehung hervor, die die Erziehung in Sachen Liebe, Familie und Respekt vor dem Leben umfasst; fordert, dass Schwangerschaftsunterbrechungen nicht nur durch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Elternschaft verhindert werden, sondern während einer Schwangerschaft auch durch jegliche Form der Hilfe, damit die Schwangerschaft ihren natürlichen Verlauf nehmen kann***;

Or. it

Änderungsantrag 87
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. betont, dass das Recht auf ***reproduktive und sexuelle*** Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung zu sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung zu stellen ***sowie die Möglichkeiten der Verhütung zu vereinfachen, damit jede unerwünschte Schwangerschaft sowie illegale und gefährliche Abtreibungen verhindert werden können***;	47. betont, dass das Recht auf Gesundheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene Sexualerziehung zu sorgen, Informationen und Einrichtungen für eine vertrauliche Beratung zur Verfügung zu stellen ***und die Praxis der Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen zu bekämpfen***;

Or. it

Änderungsantrag 88
Michael Cashman, Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. fordert die Mitgliedstaaten auf, allen Frauen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu gewährleisten; Frauen müssen das Recht auf freie Entscheidung darüber haben, ob und wann sie Kinder haben wollen; alle Frauen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht und den Zugang zu gut entwickelter und vertraulicher Beratung sowie

medizinische Versorgung in Bezug auf Mutterschaft haben; alle Frauen müssen kostenlosen Zugang zu sicherer Empfängnisverhütung und Abtreibung haben;

Or. en

Änderungsantrag 89
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. fordert die Mitgliedstaaten auf, allen Frauen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu gewährleisten; Frauen müssen das Recht auf freie Entscheidung darüber haben, ob und wann sie Kinder haben wollen; alle Frauen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht und den Zugang zu gut entwickelter und vertraulicher Beratung sowie medizinische Versorgung in Bezug auf Mutterschaft haben; alle Frauen müssen kostenlosen Zugang zu sicherer Empfängnisverhütung und Abtreibung haben;

Or. en

Änderungsantrag 90
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 47 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47b. betont, dass zu ethnischen Minderheiten gehörenden Frauen

unabhängig von ihrem rechtlichen Status der Zugang zu öffentlichen Mitteln gewährleistet werden sollte, um ihnen Zugang zu sicherer, gleicher, kulturell sensibler Gesundheitsfürsorge und zu damit verbundenen Rechten zu ermöglichen, insbesondere zu sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie damit verbundenen Rechten; es sollte ein europäischer Rechtsrahmen angenommen werden, um die körperliche Unversehrtheit junger Mädchen vor weiblicher Genitalverstümmelung in praktizierenden Gemeinden zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 91
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass zwar Fortschritte bei der Frauenbeschäftigung erzielt wurden, Frauen trotz ihres hohen Ausbildungsniveaus jedoch für dieselbe Arbeit nach wie vor schlechter entlohnt werden als Männer und in Entscheidungsfunktionen weniger vertreten sind und dass sie von den Arbeitgebern weiterhin mit Misstrauen betrachtet werden, was Schwangerschaft und Mutterschaft betrifft;	48. betont, dass zwar Fortschritte bei der Frauenbeschäftigung erzielt wurden, Frauen trotz ihres hohen Ausbildungsniveaus jedoch für dieselbe Arbeit nach wie vor schlechter entlohnt werden als Männer und in Entscheidungsfunktionen weniger vertreten sind und dass sie von den Arbeitgebern weiterhin mit Misstrauen betrachtet werden, was Schwangerschaft und Mutterschaft betrifft; ***das geschlechtsspezifische Lohngefälle muss ernsthaft angegangen werden, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen und die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 92
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. betont, dass zwar Fortschritte bei der Frauenbeschäftigung erzielt wurden, Frauen trotz ihres hohen Ausbildungsniveaus jedoch für dieselbe Arbeit nach wie vor schlechter entlohnt werden als Männer und in Entscheidungsfunktionen weniger vertreten sind und dass sie von den Arbeitgebern weiterhin mit Misstrauen betrachtet werden, was Schwangerschaft und Mutterschaft betrifft;	48. betont, dass zwar Fortschritte bei der Frauenbeschäftigung erzielt wurden, Frauen trotz ihres hohen Ausbildungsniveaus jedoch ***weiterhin in bestimmten Berufen konzentriert werden,*** für dieselbe Arbeit nach wie vor schlechter entlohnt werden als Männer und in Entscheidungsfunktionen weniger vertreten sind und dass sie von den Arbeitgebern weiterhin mit Misstrauen betrachtet werden, was Schwangerschaft und Mutterschaft betrifft;

Or. en

Änderungsantrag 93
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. fordert nachdrücklich, dass Frauen in ihrer beruflichen Karriere unterstützt werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gleichzeitig einen geteilten Elternurlaub und einen Väterurlaub zu fördern und die Kosten von Mutterschutz und Elternurlaub umzulegen, um sicherzustellen, dass die Arbeitskraft von Frauen nicht länger teurer ist als die von Männern;	50. fordert nachdrücklich, dass Frauen in ihrer beruflichen Karriere unterstützt werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gleichzeitig einen geteilten Elternurlaub und einen Väterurlaub zu fördern und die Kosten von Mutterschutz und Elternurlaub umzulegen, um sicherzustellen, dass die Arbeitskraft von Frauen nicht länger teurer ist als die von Männern; ***unterstreicht ferner die Notwendigkeit für Sensibilisierungskampagnen, um geschlechtsspezifisch stereotype***

Familienmuster zu vermeiden und gleichzeitig die Bedeutung der Gewährleistung flexibler Arbeitsbedingungen sowie der Verbesserung des Zugangs zur Kinderbetreuung hervorzuheben und die volle Einbeziehung von Frauen mit Kindern in Rentensysteme zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 94
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. fordert nachdrücklich, dass Frauen in ihrer beruflichen Karriere unterstützt werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gleichzeitig einen geteilten Elternurlaub und einen Väterurlaub zu fördern und die Kosten von Mutterschutz und Elternurlaub umzulegen, um sicherzustellen, dass die Arbeitskraft von Frauen nicht länger teurer ist als die von Männern;	50. fordert nachdrücklich, dass Frauen in ihrer beruflichen Karriere ***auch durch eine aktive Politik zur Förderung der Vereinbarkeit von Privat-, Berufs- und Familienleben*** unterstützt werden; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gleichzeitig einen geteilten Elternurlaub und einen Väterurlaub zu fördern und die Kosten von Mutterschutz und Elternurlaub umzulegen, um sicherzustellen, dass die Arbeitskraft von Frauen nicht länger teurer ist als die von Männern;

Or. it

Änderungsantrag 95
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. erkennt an, dass der für Frauen ungleiche Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt ihren Zugang zu sozialem Schutz untergräbt, vor allem zu Rentenansprüchen, mit dem Ergebnis, dass die Risikoarmutsquote für Frauen im Alter höher ist als die der Männer; um die Diskriminierung von Frauen zu verhindern, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Individualisierung der Rechte in Systemen des sozialen Schutzes gewährleistet ist und diese sich nicht auf der Familie begründen; die Dauer der außerhalb des formalen Arbeitsmarkts aus Gründen der Pflege verbrachten Zeit, sollte deshalb in Anrechnungszeiten umgewandelt werden, die bei den Berechnungen der vollen Rentenansprüche einbezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 96
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. betont, wie wichtig es ist, zu gewährleisten, dass Drittstaatsangehörige, die in das Gebiet der EU einreisen, die geltenden Gesetze und sozialen Gepflogenheiten im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau in den Gesellschaften der Aufnahmeländer kennen, damit Diskriminierungen vermieden werden, die sich aus einem mangelnden Verständnis des rechtlichen und sozialen Umfelds ergeben;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 97
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. betont, wie wichtig es ist, zu gewährleisten, dass Drittstaatsangehörige, die in das Gebiet der EU einreisen, die geltenden Gesetze und sozialen Gepflogenheiten im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau ***in den Gesellschaften der Aufnahmeländer*** kennen, damit Diskriminierungen vermieden werden, die sich aus einem mangelnden Verständnis des rechtlichen und sozialen Umfelds ergeben;	53. betont, wie wichtig es ist, zu gewährleisten, dass Drittstaatsangehörige, die in das Gebiet der EU einreisen, ***und EU-Bürger*** die geltenden Gesetze und sozialen Gepflogenheiten im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau kennen, damit Diskriminierungen vermieden werden, die sich aus einem mangelnden Verständnis des rechtlichen und sozialen Umfelds ergeben;

Or. en

Änderungsantrag 98
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. fordert die Mitgliedstaaten auf, nicht zuzulassen, dass Brauchtum, Traditionen oder andere religiöse Erwägungen herangezogen werden, um Gewalt aller Art gegenüber Frauen oder Maßnahmen, die deren Leben gefährden, zu rechtfertigen;	54. fordert die Mitgliedstaaten auf, nicht zuzulassen, dass Brauchtum, Traditionen oder andere religiöse Erwägungen herangezogen werden, um ***Diskriminierung, Unterdrückung oder*** Gewalt aller Art gegenüber Frauen oder Maßnahmen, die deren Leben gefährden, zu rechtfertigen;

Or. en

Änderungsantrag 99
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 54 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	54a. fordert die Kommission auf, eine Studie über Diskriminierung von Single-Haushalten, vor allem im Hinblick auf die steuerliche Behandlung, soziale Sicherheit, die öffentlichen Dienste, Gesundheitsfürsorge und Wohnungsbau zu erarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 100
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. ist der Auffassung, dass diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, die Politiker oder religiöse Würdenträger äußern, den Hass und die Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 101
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. ist der Auffassung, dass	***entfällt***

diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, die Politiker oder religiöse Würdenträger äußern, den Hass und die Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;

Or. pl

Änderungsantrag 102
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. ist der Auffassung, dass diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, ***die Politiker oder religiöse Würdenträger äußern, den*** Hass und ***die*** Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;	55. ist der Auffassung, dass diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, Hass und Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. ist der Auffassung, dass diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, die Politiker ***oder religiöse Würdenträger*** äußern, den Hass und die Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;	55. ist der Auffassung, dass diskriminierende Bemerkungen in Bezug auf Homosexuelle, die ***extremistische*** Politiker äußern, den Hass und die Gewalt schüren, und fordert die jeweils verantwortlichen Gremien auf, diese Äußerungen zu verurteilen;

Or. it

Änderungsantrag 104
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. ***begrüßt*** die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten, der auf sein Ersuchen erstellt wurde;	56. ***nimmt*** die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten ***zur Kenntnis,*** der auf sein Ersuchen erstellt wurde;

Or. it

Änderungsantrag 105
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. begrüßt die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten, der auf sein Ersuchen erstellt wurde;	56. begrüßt die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten, der auf sein Ersuchen erstellt wurde ***und fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, dringend den Empfehlungen der Agentur zu folgen***;

Or. en

Änderungsantrag 106
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. begrüßt die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten, der auf sein Ersuchen erstellt wurde;	56. begrüßt die Veröffentlichung des ersten thematischen Berichts der Agentur über Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung in den Mitgliedstaaten, der auf sein Ersuchen erstellt wurde ***und fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, die Empfehlungen der Agentur umzusetzen oder gegebenenfalls ihre Gründe dagegen darzulegen***;

Or. en

Änderungsantrag 107
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf, wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass beispielsweise diskriminierende Verbote von Paraden sowie die Tatsache, dass der Pflicht, die Teilnehmer solcher Veranstaltungen angemessen zu schützen, nicht Genüge getan wird, gegen die von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze verstoßen;	57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ***unbeschadet der gesetzlich und gerichtlich festgelegten Grenzen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten*** laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf, wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass beispielsweise diskriminierende Verbote von Paraden sowie die Tatsache, dass der Pflicht, die Teilnehmer solcher Veranstaltungen angemessen zu schützen, nicht Genüge getan wird, gegen die von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze verstoßen;

Or. it

Änderungsantrag 108
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf, wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass beispielsweise diskriminierende Verbote von Paraden sowie die Tatsache, dass der Pflicht, die Teilnehmer solcher Veranstaltungen angemessen zu schützen, nicht Genüge getan wird, gegen die von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze verstoßen;	57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf, wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass beispielsweise diskriminierende Verbote von Paraden sowie die Tatsache, dass der Pflicht, die Teilnehmer solcher Veranstaltungen angemessen zu schützen, nicht Genüge getan wird, ***gemäß Artikel 6 EUV über die gemeinsamen Werte und Prinzipien der EU und gemäß der Gemeinschaftlichen Charta über die Grundrechte*** gegen die von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze verstoßen;

Or. en

Änderungsantrag 109
Stefano Zappalà, Mario Mauro, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf,	57. erinnert alle Mitgliedstaaten daran, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dann in Anspruch genommen werden darf,

wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass ***beispielsweise diskriminierende Verbote von Paraden sowie die Tatsache, dass der Pflicht, die Teilnehmer solcher Veranstaltungen angemessen zu schützen, nicht Genüge getan wird,*** gegen die von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze ***verstoßen***;	wenn die Ansichten der Personen, die dieses Recht wahrnehmen, nicht von der Mehrheit geteilt werden, und dass ***dieses Recht unter Einhaltung der nationalen Vorschriften und der*** von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verteidigten Grundsätze ***gewährleistet werden muss***;
	Or. it

Änderungsantrag 110
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen; fordert die Kommission auf, Leitlinien für die gegenseitige Anerkennung der bestehenden Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten festzulegen, um zu gewährleisten, dass das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union unter den gleichen Bedingungen Anwendung findet wie dies in Bezug auf heterosexuelle Paare der Fall ist;
	Or. fr

Änderungsantrag 111
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Vorschläge vorzulegen, durch die gewährleistet wird, dass die Mitgliedstaaten den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung für homosexuelle Paare anwenden, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder ob ihre Partnerschaft standesamtlich eingetragen ist, vor allem wenn sie ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen, das auf dem EU-Recht beruht;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 112
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Vorschläge vorzulegen, durch die gewährleistet wird, dass die Mitgliedstaaten den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung für homosexuelle Paare anwenden, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder ob ihre Partnerschaft standesamtlich eingetragen ist, vor allem wenn sie ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen, das auf dem EU-Recht beruht;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 113
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 58

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
58. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Vorschläge vorzulegen, durch die gewährleistet wird, dass die Mitgliedstaaten den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung für homosexuelle Paare anwenden, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder ob ihre Partnerschaft standesamtlich eingetragen ist, vor allem wenn sie ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen, das auf dem EU-Recht beruht;	***entfällt***

Or. pl

Änderungsantrag 114
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 58 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	58a. fordert die Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, und in Anwendung des Grundsatzes der Gleichheit, auf, gesetzgeberisch tätig zu werden, um Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare durch die Anerkennung solcher Beziehungen zu überwinden;

Or. en

Änderungsantrag 115
Carlo Casini

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. fordert die Kommission auf, eine Studie zur Lage von Transgender in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zu veranlassen, in der vor allem die Gefahr von Belästigung und Gewalt untersucht wird;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 116
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. fordert die Kommission auf, eine Studie zur Lage von Transgender in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zu veranlassen, in der vor allem die Gefahr von Belästigung und Gewalt untersucht wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 117
Sarah Ludford, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. fordert die Kommission auf, eine Studie zur Lage von Transgender in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zu	59. fordert die Kommission auf, ***zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten Personen Asyl gewähren, die aufgrund***

veranlassen, in der vor allem die Gefahr von Belästigung und Gewalt untersucht wird;	***ihrer sexuellen Orientierung vor Verfolgung in ihrem Herkunftsland fliehen; auf bilateraler und multilateraler Ebene Initiativen zu ergreifen, um die Verfolgung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung zu beenden, und*** eine Studie zur Lage von Transgender in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern zu veranlassen, in der vor allem die Gefahr von Belästigung und Gewalt untersucht wird;

Or. en

Änderungsantrag 118
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert Rat und Kommission sowie die verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Übergriffen auf Minderheitengruppen, einschließlich Roma und Drittstaatsangehörige in den Mitgliedstaaten, zu koordinieren, damit die Grundsätze von Toleranz und Nichtdiskriminierung gewahrt werden und die soziale, wirtschaftliche und politische Integration gefördert wird;	60. fordert Rat und Kommission sowie die verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Übergriffen auf Minderheitengruppen, einschließlich Roma***, traditionelle nationale Minderheiten*** und Drittstaatsangehörige in den Mitgliedstaaten, zu koordinieren, damit die Grundsätze von Toleranz und Nichtdiskriminierung gewahrt werden und die soziale, wirtschaftliche und politische Integration gefördert wird;

Or. en

Änderungsantrag 119
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. fordert Rat und Kommission sowie die verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Übergriffen auf Minderheitengruppen, einschließlich Roma und Drittstaatsangehörige in den Mitgliedstaaten, zu koordinieren, damit die Grundsätze von Toleranz und Nichtdiskriminierung gewahrt werden und die soziale, wirtschaftliche und politische Integration gefördert wird;	60. fordert Rat und Kommission sowie die verschiedenen Ebenen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Übergriffen auf Minderheitengruppen, einschließlich Roma und Drittstaatsangehörige in den Mitgliedstaaten, zu koordinieren, damit die Grundsätze von Toleranz und Nichtdiskriminierung gewahrt werden und die soziale, wirtschaftliche und politische Integration gefördert wird; ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, die dies noch nicht getan haben, die Zuständigkeit des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung zur Entgegennahme und Prüfung individueller Mitteilungen im Rahmen des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung zu erklären;***

Or. en

Änderungsantrag 120
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Entschiedenheit jede Erscheinungsform von Hass zu verfolgen, wie rassistische Sendungen in den Medien und Artikel, in denen Intoleranz gepredigt wird, Verbrechen aus Hass gegen Roma, Einwanderer, Ausländer und andere Minderheitengruppen sowie das Auftreten rechtsextremer Bands und Konzerte, die oft	61. fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Entschiedenheit jede Erscheinungsform von Hass zu verfolgen, wie rassistische Sendungen in den Medien und Artikel, in denen Intoleranz gepredigt wird, Verbrechen aus Hass gegen Roma, Einwanderer, Ausländer***, traditionelle nationale Minderheiten*** und andere Minderheitengruppen sowie das Auftreten

in aller Öffentlichkeit stattfinden, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen nach sich zieht;	rechtsextremer Bands und Konzerte, die oft in aller Öffentlichkeit stattfinden, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen nach sich zieht;

Or. en

Änderungsantrag 121
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Entschiedenheit jede Erscheinungsform von Hass zu verfolgen, wie rassistische Sendungen in den Medien und Artikel, in denen Intoleranz gepredigt wird, Verbrechen aus Hass gegen Roma, Einwanderer, Ausländer und andere Minderheitengruppen sowie das Auftreten rechtsextremer Bands und Konzerte, die oft in aller Öffentlichkeit stattfinden, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen nach sich zieht;	61. fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Entschiedenheit jede Erscheinungsform von Hass zu verfolgen, wie rassistische Sendungen in den Medien und Artikel, in denen Intoleranz gepredigt wird, Verbrechen aus Hass gegen Roma, Einwanderer, Ausländer und andere Minderheitengruppen sowie das Auftreten rechtsextremer Bands und Konzerte, die oft in aller Öffentlichkeit stattfinden, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen nach sich zieht; ***fordert ferner die politischen Parteien und Bewegungen, die einen starken Einfluss auf die Massenmedien ausüben, auf, von Äußerungen des Hasses und Verleumdungen gegen Minderheiten in der Union Abstand zu nehmen;***

Or. en

Änderungsantrag 122
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. fordert die ***Sozialpartner*** auf, ***erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um*** Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu ***beseitigen***, und den Zugang von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern;	62. fordert die ***die Mitgliedstaaten*** auf, ***eine noch stärkere Einbeziehung von Sozialpartnern bei der Durchführung von Aktionen zur Beseitigung von*** Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu ***fördern***, und den Zugang von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern;
	Or. en

Änderungsantrag 123
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. fordert die Sozialpartner auf, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu beseitigen, und den Zugang von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern;	62. fordert die Sozialpartner auf, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung oder des Alters zu beseitigen, und den Zugang von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt und zu Ausbildungsprogrammen entscheidend zu verbessern; ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, die dies noch nicht getan haben, das UN-Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen und das dazugehörige Fakultativprotokoll zu ratifizieren;***
	Or. en

Änderungsantrag 124
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. hält es für wichtig, zu gewährleisten, dass alle, die geriatrische Versorgung und eine Behandlung auf Grund von Krankheit oder Invalidität benötigen, Zugang zu hochwertiger Versorgung und Pflege haben;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 125
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 63

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
63. hält es für wichtig, zu gewährleisten, dass alle, die geriatrische Versorgung und eine Behandlung auf Grund von Krankheit oder Invalidität benötigen, Zugang zu hochwertiger Versorgung und Pflege haben;	63. hält es für wichtig, zu gewährleisten, dass alle, die geriatrische Versorgung und eine Behandlung auf Grund von Krankheit oder Invalidität benötigen, Zugang zu hochwertiger Versorgung und Pflege haben; ***und verweist auf die Notwendigkeit, besonderes Augenmerk auf die Versorgung und den Schutz behinderter Kinder zu legen;***

Or. en

Änderungsantrag 126
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. verweist darauf, dass die Grundrechte auch in Kasernen und für Bürger in Uniform, d. h. Angehörige der Streitkräfte, gelten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 127
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 65

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
65. empfiehlt allen Mitgliedstaaten der EU, den Angehörigen ihrer Streitkräfte das Recht zu gewähren, Berufsverbände zu gründen, ihnen beizutreten und sich aktiv an ihrer Arbeit zu beteiligen und Kollektivverhandlungen zu führen, um ihre sozialen Interessen zu vertreten;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 128
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 65

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
65. empfiehlt allen Mitgliedstaaten der EU, den Angehörigen ihrer Streitkräfte das Recht zu gewähren, Berufsverbände zu gründen, ihnen beizutreten und sich aktiv an ihrer Arbeit zu beteiligen und Kollektivverhandlungen zu führen, um ihre sozialen Interessen zu vertreten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 129
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Angehörigen der Streitkräfte, die sich im aktiven Dienst befinden, das Recht einzuräumen, bei Wahlen zu kandidieren und demokratischen Parteien beizutreten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 130
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Angehörigen der Streitkräfte, die sich im aktiven Dienst befinden, das Recht einzuräumen, bei Wahlen zu kandidieren und demokratischen Parteien beizutreten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 131
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Angehörigen der Streitkräfte, die sich im aktiven Dienst befinden, das Recht	***entfällt***

einzuräumen, bei Wahlen zu kandidieren und demokratischen Parteien beizutreten;

Or. it

Änderungsantrag 132
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Garantien für den Zugang zur Seelsorge für militärisches Personal aufrecht zu erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 133
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. empfiehlt den Mitgliedstaaten, eine unabhängige zivile Instanz zu schaffen, d. h. einen „Soldatenbeauftragten“ zu benennen, der vor allem die Aufgabe hat, zu gewährleisten, dass die Grundrechte in den Streitkräften eingehalten werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 134
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. empfiehlt den Mitgliedstaaten, eine unabhängige zivile Instanz zu schaffen, d. h. einen „Soldatenbeauftragten“ zu benennen, der vor allem die Aufgabe hat, zu gewährleisten, dass die Grundrechte in den Streitkräften eingehalten werden;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 135
Martine Roure

Entschließungsantrag
Titel zwischen Ziffer 67 und 68

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Zugang zu Schutz	Zugang zu ***internationalem*** Schutz ***und legale Einwanderung***

Or. fr

Änderungsantrag 136
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 68

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
68. ist entsetzt über das tragische Schicksal der Menschen, die bei dem Versuch, auf europäisches Gebiet zu gelangen, umkommen, da es praktisch keine Möglichkeit der legalen Einwanderung aus Drittstaaten in die EU gibt, weshalb die Migranten in die Hände von Schleusern oder Menschenhändlern fallen und/oder ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen, wobei jährlich Tausende von Menschen ums Leben kommen;	68. ist ***zutiefst*** entsetzt über das tragische Schicksal der Menschen, die bei dem Versuch, auf europäisches Gebiet zu gelangen, umkommen, da es praktisch keine Möglichkeit der legalen Einwanderung aus Drittstaaten in die EU gibt, weshalb die Migranten in die Hände von Schleusern oder Menschenhändlern fallen und/oder ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen, wobei jährlich Tausende von Menschen ums

Leben kommen;

Or. en

Änderungsantrag 137
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***realistische*** und langfristige Einwanderungspolitik sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende festzulegen, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;	69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***effektive*** und langfristige Einwanderungspolitik sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende festzulegen, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;

Or. en

Änderungsantrag 138
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik ***sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende***	69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik festzulegen;

festzulegen***, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist***;

Or. en

Änderungsantrag 139
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik ***sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende*** festzulegen, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen *potentielle* Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;	69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik festzulegen ***und den Asylsuchenden den tatsächlichen Zugang zum Gebiet der EU und zu einem Verfahren zu garantieren***, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen *potenzielle* Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;

Or. fr

Änderungsantrag 140
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik ***sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende*** festzulegen, ***anstatt ihre Anstrengungen auf die*** Prävention von illegaler Einwanderung ***zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz*** der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;	69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine realistische und langfristige Einwanderungspolitik festzulegen, ***die mit Maßnahmen zur*** Prävention von illegaler Einwanderung ***gemäß dem von der Kommission in ihrer Mitteilung vom März 2007 dargelegten Gesamtkonzept einhergeht; fordert ferner eine stärkere Koordinierung der Asylvorschriften unter Einhaltung des Grundsatzes*** der Nichtzurückweisung, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;

Or. it

Änderungsantrag 141
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***realistische*** und langfristige Einwanderungspolitik sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende festzulegen, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an	69. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine ***effektive*** und langfristige ***legale*** Einwanderungspolitik***, die eine stärker geöffnete Visapolitik und effektiven Zugang auf das Gebiet der Europäischen Union einschließt,*** sowie flexiblere Regeln für Asylsuchende ***einschließlich einem echten Zugang zum***

Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;	***Verfahren*** festzulegen, anstatt ihre Anstrengungen auf die Prävention von illegaler Einwanderung zu konzentrieren und dabei ein ständig wachsendes Arsenal an Kontrollmaßnahmen an den Grenzen einzusetzen, bei denen potentielle Asylsuchende jedoch infolge fehlender Mechanismen an den europäischen Grenzen festgehalten werden, was gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt, der in dem Übereinkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge niedergelegt ist;
	Or. en

Änderungsantrag 142
Maria Robsahm

Entschließungsantrag
Ziffer 69 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	69a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die UNHCR-Gender-Leitlinien (2002) bei der Umsetzung der bestehenden EU-Richtlinien über die Gewährung von Asyl anzuwenden; die Erfahrungen von Frauen mit politischen Aktivitäten und Verfolgungen können sich von denen der Männer unterscheiden; das Konzept der Politik und der Verfolgung wurde historisch von den Staaten über einen Rahmen der Erfahrungen von Männern interpretiert, wodurch oft die politischen Meinungen von Frauen zur Rolle der Geschlechter sowie zu geschlechterbasierender Gewalt und/oder Diskriminierung entweder durch den Staat oder nicht staatliche Akteure ausgeschlossen wurden; der Schutz und die Förderung von Rechten weiblicher Flüchtlinge und Vertriebener muss gewährleistet sein und sexualisierte Kriegsgewalt sollte als Grund für Asyl

betrachtet werden;

Or. en

Änderungsantrag 143
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
70. fordert den Rat auf, die jeweiligen Zuständigkeiten der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) und der Mitgliedstaaten eindeutig festzulegen, insofern als es an Klarheit und Transparenz mangelt, was das genaue Ausmaß der Koordinierungsaufgaben von FRONTEX und die Art und Weise der Durchführung seiner Operationen betrifft, damit gewährleistet ist, dass die Menschenrechte bei den Kontrollen an den Außengrenzen gewahrt werden; ist der Auffassung, dass das Mandat von FRONTEX dringend dahingehend geändert werden muss, dass es auch die Rettung auf See umfasst;	70. fordert den Rat auf, die jeweiligen Zuständigkeiten der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) und der Mitgliedstaaten eindeutig festzulegen, insofern als es an Klarheit und Transparenz mangelt, was das genaue Ausmaß der Koordinierungsaufgaben von FRONTEX und die Art und Weise der Durchführung seiner Operationen betrifft, damit gewährleistet ist, dass die Menschenrechte bei den Kontrollen an den Außengrenzen gewahrt werden; ist der Auffassung, dass das Mandat von FRONTEX dringend dahingehend geändert werden muss, dass es auch die Rettung auf See umfasst; ***fordert, die demokratische Kontrolle ausüben zu können, wenn FRONTEX Abkommen mit Drittstaaten schließt, insbesondere in Bezug auf die gemeinsame Organisation von Rückführungen;***

Or. fr

Änderungsantrag 144
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. ***fordert eine europaweite Harmonisierung der Kriterien, nach denen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt, so dass die jeweiligen Anerkennungsraten in den Mitgliedstaaten angeglichen werden können; stellt fest, dass das gegenwärtige System der Gewährung von Asyl einer Art Lotterie gleicht, was sich daran belegen lässt, dass unter identischen Gruppen von Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten diametral verschiedene Raten bei der Anerkennung zu verzeichnen sind; betont, dass diese Kriterien hohe Standards setzen müssen und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen dürfen, da die Aufnahme und der Schutz von Asylsuchenden Teil der Identität unserer europäischen Gesellschaften ist***;	73. ***fordert die Kommission und besonders den Rat mit Nachdruck auf, rasch und ehrgeizig die zukunftsweisende Strategie der Europäischen Union in Fragen des Asyls zur Umsetzung der Phase II voranzutreiben, wozu auch eine Überprüfung der Richtlinie über Mindeststandards für die Erteilung und Entziehung des Flüchtlingsstatus sowie der Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen und des Inhalts des zu gewährenden Schutzes, sowie die Einrichtung eines europäischen Unterstützungsbüros im Bereich der Asylpolitik gehören***;

Or. en

Änderungsantrag 145
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. fordert eine europaweite Harmonisierung der Kriterien, nach denen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt, so dass die jeweiligen Anerkennungsraten in den Mitgliedstaaten angeglichen werden können; stellt fest, dass ***das gegenwärtige*** System der Gewährung von Asyl ***einer Art Lotterie gleicht, was sich daran belegen lässt, dass*** unter identischen Gruppen von Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten diametral verschiedene	73. fordert eine europaweite Harmonisierung der Kriterien, nach denen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt, so dass die jeweiligen Anerkennungsraten in den Mitgliedstaaten angeglichen werden können; stellt fest, dass ***beim gegenwärtigen*** System der Gewährung von Asyl unter identischen Gruppen von Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten diametral verschiedene Raten bei der Anerkennung zu verzeichnen sind; betont, dass diese

Raten bei der Anerkennung zu verzeichnen sind; betont, dass diese Kriterien hohe Standards setzen müssen und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen dürfen, da die Aufnahme und der Schutz von Asylsuchenden Teil der Identität unserer europäischen Gesellschaften ist;

Kriterien hohe Standards setzen müssen und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen dürfen, da die Aufnahme und der Schutz von Asylsuchenden Teil der Identität unserer europäischen Gesellschaften ist;

Or. en

Änderungsantrag 146
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. fordert ***eine europaweite*** Harmonisierung der Kriterien, nach denen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt, so dass die jeweiligen Anerkennungsraten in den Mitgliedstaaten angeglichen werden können; stellt fest, dass das gegenwärtige System der Gewährung von Asyl einer Art Lotterie gleicht, was sich daran belegen lässt, dass unter identischen Gruppen von Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten diametral verschiedene Raten bei der Anerkennung zu verzeichnen sind; betont, dass diese Kriterien hohe Standards setzen müssen und nicht nur ***den kleinsten gemeinsamen Nenner*** darstellen dürfen, da die Aufnahme und der Schutz von Asylsuchenden Teil der Identität unserer europäischen Gesellschaften ist;	73. fordert ***die Annahme eines gemeinsamen europäischen Asylsystems mit dem Ziel einer europaweiten*** Harmonisierung der Kriterien, nach denen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgt, so dass die jeweiligen Anerkennungsraten in den Mitgliedstaaten angeglichen werden können; stellt fest, dass das gegenwärtige System der Gewährung von Asyl einer Art Lotterie gleicht, was sich daran belegen lässt, dass unter identischen Gruppen von Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten diametral verschiedene Raten bei der Anerkennung zu verzeichnen sind; betont, dass diese Kriterien hohe Standards setzen müssen und nicht nur ***eine Angleichung auf niedrigem Niveau*** darstellen dürfen, da die Aufnahme und der Schutz von Asylsuchenden Teil der Identität unserer europäischen Gesellschaften ist;

Or. fr

Änderungsantrag 147
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. ist besorgt über die Praxis mehrerer Mitgliedstaaten, die durch Einschränkungen des Verfahrens, das auf die nach dem Dubliner System Überstellten angewandt wird, Asylanträge ablehnen, wenn der Antragsteller nicht anwesend ist, oder den Antrag in diesem Fall als hinfällig betrachten, womit vielen Asylsuchenden potentiell die Möglichkeit genommen wird, die Gründe ihres Antrags prüfen zu lassen und Rechtsbehelf einzulegen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 148
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. bedauert im übrigen, dass einige Mitgliedstaaten Asylsuchende systematisch in Gewahrsam nehmen, bis sie in den Staat, der für die Prüfung ihres Asylantrags zuständig ist, überstellt werden; ist der Auffassung, dass diese Personen nicht in Gewahrsam genommen werden dürfen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 149
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. bedauert im übrigen, dass einige Mitgliedstaaten Asylsuchende systematisch in Gewahrsam nehmen, bis sie in den Staat, der für die Prüfung ihres Asylantrags zuständig ist, überstellt werden; ist der Auffassung, dass diese Personen nicht in Gewahrsam genommen werden dürfen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 150
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 77

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
77. fordert die Mitgliedstaaten auf, die materiellen Aufnahmebedingungen so zu gestalten, dass ein für Gesundheit und Aufenthalt aller Asylsuchenden ausreichendes Lebensniveau gewährleistet ist;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 151
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. verweist darauf, dass auch	79. verweist darauf, dass auch

Einwanderer, die keinen Asylantrag stellen, in eigenen und angemessenen Strukturen Aufnahme finden müssen, in denen sie mit der Hilfe von Dolmetschern und Kulturvermittlern, die eigens dazu ausgebildet wurden, über ihre Rechte und die Möglichkeiten, die ihnen im Aufnahmeland zur Verfügung stehen, sowie über die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und internationale Übereinkommen aufgeklärt werden; ***betont, dass Einrichtungen für Gewahrsam nicht zu den Aufnahmestrukturen gehören dürfen;***	Einwanderer, die keinen Asylantrag stellen, in eigenen und angemessenen Strukturen Aufnahme finden müssen, in denen sie mit der Hilfe von Dolmetschern und Kulturvermittlern, die eigens dazu ausgebildet wurden, über ihre Rechte und die Möglichkeiten, die ihnen im Aufnahmeland zur Verfügung stehen, sowie über die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und internationale Übereinkommen aufgeklärt werden;

Or. en

Änderungsantrag 152
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. verweist darauf, dass auch Einwanderer, die keinen Asylantrag stellen, in eigenen und angemessenen Strukturen Aufnahme finden müssen, in denen sie mit der Hilfe von Dolmetschern und Kulturvermittlern, die eigens dazu ausgebildet wurden, über ihre Rechte und die Möglichkeiten, die ihnen im Aufnahmeland zur Verfügung stehen, sowie über die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und internationale Übereinkommen aufgeklärt werden; ***betont, dass Einrichtungen für Gewahrsam nicht zu den Aufnahmestrukturen gehören dürfen;***	79. verweist darauf, dass auch Einwanderer, die keinen Asylantrag stellen, in eigenen und angemessenen Strukturen Aufnahme finden müssen, in denen sie mit der Hilfe von Dolmetschern und Kulturvermittlern, die eigens dazu ausgebildet wurden, über ihre Rechte und die Möglichkeiten, die ihnen im Aufnahmeland zur Verfügung stehen, sowie über die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften und internationale Übereinkommen aufgeklärt werden;

Or. it

Änderungsantrag 153
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie ***die Interessen*** des Kindes berücksichtigt ***werden***; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;	80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie ***das übergeordnete Wohl*** des Kindes berücksichtigt ***wird***; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;

Or. fr

Änderungsantrag 154
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;	80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden***, wobei jedoch in vollem Umfang die wichtige Rolle und die Verantwortung der Eltern anerkannt wird***; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 155
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen	80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen

Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden; ***verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;***	Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 156
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt	80. fordert, dass der Situation von Flüchtlingskindern, minderjährigen Asylbewerbern und Kindern mit Migrationshintergrund und von Kindern, deren Eltern entweder Asylsuchende oder Flüchtlinge oder Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit diese Kinder ihre Rechte uneingeschränkt

wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde;

wahrnehmen können, wie sie im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes festgelegt sind, wozu auch das Recht auf Diskriminierungsfreiheit gehört, und dass bei allen Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Kindes berücksichtigt werden***, wobei jedoch in vollem Umfang die wichtige Rolle und die Verantwortung der Eltern anerkannt wird***; verurteilt die Tatsache, dass sich in einigen Mitgliedstaaten ein zweigleisiges System im Bildungswesen entwickelt und dass Kinder der eigenen Staatsangehörigen und Kinder ausländischer Staatsangehöriger nicht dieselbe Fürsorge und Unterstützung erfahren; verurteilt Fälle, in denen der Anwendung von Rechtsvorschriften über die Einwanderung Vorrang vor Bestimmungen zum Kinderschutz eingeräumt wurde; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, das Recht der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen zu respektieren;***

Or. en

Änderungsantrag 157
Giusto Catania

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. fordert eine bessere Koordinierung der nationalen Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige sowie europäische Initiativen in diesem Bereich; betont, dass ***die gemeinsamen*** Grundprinzipien für einen kohärenten europäischen Rahmen in diesem Bereich gewährleisten sollten, dass die Integrationspolitik Antidiskriminierungsmaßnahmen einschließt, sich jedoch nicht auf diese	83. fordert eine bessere Koordinierung der nationalen Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige sowie europäische Initiativen in diesem Bereich; betont, dass ***gemeinsame*** Grundprinzipien für einen kohärenten europäischen Rahmen in diesem Bereich gewährleisten sollten, dass die Integrationspolitik Antidiskriminierungsmaßnahmen einschließt, sich ***gleichzeitig*** jedoch nicht

beschränkt***, sondern zudem*** eine Reihe ***anderer Gebiete*** wie Beschäftigung und Bildung umfasst;	auf diese beschränkt ***und*** eine Reihe ***von Gebieten*** wie Beschäftigung und Bildung umfasst;

Or. it

Änderungsantrag 158
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. fordert eine bessere Koordinierung der nationalen Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige sowie europäische Initiativen in diesem Bereich; betont, dass die gemeinsamen Grundprinzipien für einen kohärenten europäischen Rahmen in diesem Bereich gewährleisten sollten, dass die Integrationspolitik Antidiskriminierungsmaßnahmen einschließt, sich jedoch nicht auf diese beschränkt, sondern zudem eine Reihe anderer Gebiete wie Beschäftigung ***und*** Bildung umfasst;	83. fordert eine bessere Koordinierung der nationalen Integrationsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige sowie europäische Initiativen in diesem Bereich; betont, dass die gemeinsamen Grundprinzipien für einen kohärenten europäischen Rahmen in diesem Bereich gewährleisten sollten, dass die Integrationspolitik Antidiskriminierungsmaßnahmen einschließt, sich jedoch nicht auf diese beschränkt, sondern zudem eine Reihe anderer Gebiete wie Beschäftigung***,*** Bildung ***sowie Berufsausbildung*** umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 159
Marian-Jean Marinescu

Entschließungsantrag
Ziffer 84

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
84. spricht sich für die Entwicklung von ***Integrationsprogrammen*** aus, die geeignet sind, potentielle Spannungen zwischen Migranten in der Gemeinschaft und autochthonen Gemeinschaften im Rahmen der nach den Erweiterungen erfolgten	84. spricht sich für die Entwicklung von ***Programmen zur Integration und für den interkulturellen Dialog*** aus, die geeignet sind, potentielle Spannungen zwischen Migranten in der Gemeinschaft und autochthonen Gemeinschaften im Rahmen

Migration zu verhindern;	der nach den Erweiterungen erfolgten Migration zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 160
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht; ***ist der Auffassung, dass es auch wichtig ist, das Recht jedes Menschen, der in einem Mitgliedstaat geboren ist und dort lebt, anzuerkennen, Zugang zu den mit der Staatsbürgerschaft einhergehenden bürgerlichen Rechten zu haben, auch wenn die betreffende Person nicht eingebürgert werden kann oder will;***	85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht;

Or. en

Änderungsantrag 161
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig	85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig

sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht; ist der Auffassung, dass es auch wichtig ist, das Recht jedes Menschen, der in einem Mitgliedstaat geboren ist und dort lebt, anzuerkennen, Zugang zu den mit der Staatsbürgerschaft einhergehenden bürgerlichen Rechten zu haben***, auch wenn die betreffende Person nicht eingebürgert werden kann oder will***;	sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht; ist der Auffassung, dass es auch wichtig ist, das Recht jedes Menschen, der in einem Mitgliedstaat geboren ist und dort lebt, anzuerkennen, Zugang zu den mit der Staatsbürgerschaft einhergehenden bürgerlichen Rechten zu haben;
	Or. it

Änderungsantrag 162
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht; ist der Auffassung, dass es auch wichtig ist, das Recht jedes Menschen, der in einem Mitgliedstaat ***geboren ist und dort*** lebt, anzuerkennen, Zugang zu ***den mit der Staatsbürgerschaft einhergehenden*** bürgerlichen Rechten zu haben, auch wenn die betreffende Person nicht eingebürgert werden kann oder will;	85. ist der Auffassung, dass die für die Minderheiten mit Migrationshintergrund dringendste Frage darin besteht, sich möglichst rasch in die Gesellschaft des Landes zu integrieren, in dem sie ansässig sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass diese Integration auf Gegenseitigkeit beruht; ist der Auffassung, dass es auch wichtig ist, das Recht jedes Menschen, der in einem Mitgliedstaat lebt, anzuerkennen, Zugang zu bürgerlichen Rechten zu haben, auch wenn die betreffende Person nicht eingebürgert werden kann oder will; ***ist der Auffassung, dass das Recht der in einem Staat langfristig wohnenden Personen zur Teilnahme an europäischen und lokalen Wahlen die soziale und politische Integration fördern würde;***
	Or. en

Änderungsantrag 163
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. ist besorgt darüber, dass Hunderttausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen***,*** sozialen ***und politischen*** Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden;	86. ist besorgt darüber, dass Hunderttausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen ***und*** sozialen Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 164
Marian-Jean Marinescu

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. ist besorgt darüber, dass Hundertausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen, sozialen und politischen Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden;	86. ist besorgt darüber, dass Hunderttausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen, sozialen und politischen Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden; ***erkennt die Gefahr, dass die Ausgrenzung den Menschen in eine schwierige Lage versetzt, wodurch der Weg zu Radikalisierung, zum Menschenhandel und zu anderen Formen der Ausbeutung geöffnet wird;***

Or. en

Änderungsantrag 165
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. ist besorgt darüber, dass Hundertausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen, sozialen und politischen Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden;	86. ist besorgt darüber, dass Hunderttausende von Nicht-EU-Bürgern und Staatenlosen vom beruflichen, sozialen und politischen Leben ausgeschlossen sind, weil keine wirksamen Integrationsmaßnahmen ergriffen werden, ***wodurch das Ziel der EU der Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des wirtschaftlichen Wohlstands untergraben wird;***

Or. en

Änderungsantrag 166
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. ist ernsthaft besorgt über die zunehmend unsichere Lage von Asylsuchenden, deren Antrag in Europa abgewiesen wurde, infolge von Ineffizienzen in der Verwaltung, überlangen Asylverfahren, vorzeitiger Rückführung oder Rückführung in nicht sichere Länder, zunehmend eingesetzter Abschiebehaft, nicht zulässiger Rückführung schutzbedürftiger Personen, Entzug von Sozialhilfe, durch den eine Rückkehr erzwungen werden soll, sowie unangemessene Rückführungsverfahren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 167
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 87

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
87. ist ernsthaft besorgt über die zunehmend unsichere Lage von Asylsuchenden, deren Antrag in Europa abgewiesen wurde, infolge von Ineffizienzen in der Verwaltung, überlangen Asylverfahren, vorzeitiger Rückführung oder Rückführung in nicht sichere Länder, zunehmend eingesetzter Abschiebehaft, nicht zulässiger Rückführung schutzbedürftiger Personen***, Entzug von Sozialhilfe, durch den eine Rückkehr erzwungen werden soll, sowie unangemessene Rückführungsverfahren***;	87. ist ernsthaft besorgt über die zunehmend unsichere Lage von Asylsuchenden, deren Antrag in Europa abgewiesen wurde, infolge von Ineffizienzen in der Verwaltung, überlangen Asylverfahren, vorzeitiger Rückführung oder Rückführung in nicht sichere Länder, zunehmend eingesetzter Abschiebehaft, nicht zulässiger Rückführung schutzbedürftiger Personen;

Or. en

Änderungsantrag 168
Jeanine Hennis-Plasschaert

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert nachdrücklich, dass eine Rückführung in das Herkunftsland erst nach einer gerechten und uneingeschränkten Prüfung des Asylantrags erfolgt; ist der Auffassung, dass die betreffenden Personen, wenn eine Rückführung nicht möglich oder wegen der kritischen Menschenrechtslage im Herkunftsland inhuman wäre, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollten, die es ihnen ermöglicht, rechtmäßig im Aufenthaltsland zu bleiben;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 169
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert nachdrücklich, dass eine Rückführung in das Herkunftsland erst nach einer gerechten und uneingeschränkten Prüfung des Asylantrags erfolgt; ist der Auffassung, dass die betreffenden Personen, wenn eine Rückführung nicht möglich oder wegen der kritischen Menschenrechtslage im Herkunftsland inhuman wäre, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollten, die es ihnen ermöglicht, rechtmäßig im Aufenthaltsland zu bleiben;	***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 170
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 88

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
88. fordert nachdrücklich, dass eine Rückführung in das Herkunftsland erst nach einer gerechten und uneingeschränkten Prüfung des Asylantrags erfolgt; ***ist der Auffassung, dass die betreffenden Personen, wenn eine Rückführung nicht möglich oder wegen der kritischen Menschenrechtslage im Herkunftsland inhuman wäre, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollten, die es ihnen ermöglicht, rechtmäßig im Aufenthaltsland zu bleiben;***	88. fordert nachdrücklich, dass eine Rückführung in das Herkunftsland erst nach einer gerechten und uneingeschränkten Prüfung des Asylantrags erfolgt;

Or. en

Änderungsantrag 171
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. betont, dass es in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt, die Lebensbedingungen und die Umstände der Integration von rückgeführten Personen in ihren Herkunftsländern zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass diese Personen eine angemessene Unterstützung erhalten; hält es jedoch für weitaus wichtiger, die Situation der Migranten zu überprüfen, die in Transitländer rückgeführt worden sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 172
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 89

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
89. betont, dass es in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt, die Lebensbedingungen und die Umstände der Integration von rückgeführten Personen in ihren Herkunftsländern zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass diese Personen eine angemessene Unterstützung erhalten; hält es jedoch für weitaus wichtiger, die Situation der Migranten zu überprüfen, die in Transitländer rückgeführt worden sind;	89. betont, dass es in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt, die Lebensbedingungen und die Umstände der Integration von rückgeführten Personen in ihren Herkunftsländern zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass diese Personen eine angemessene Unterstützung erhalten; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, die Möglichkeit zu prüfen, eine finanzielle Rückkehrhilfe zu leisten, die den rückgeführten Personen in ihrem***

Herkunftsland neue Perspektiven eröffnet; hält es jedoch für weitaus wichtiger, die Situation der Migranten zu überprüfen, die in Transitländer rückgeführt worden sind;

Or. fr

Änderungsantrag 173
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. ist besorgt über die Tatsache, dass seit 2002 in die meisten bilateralen Abkommen, die die EU mit Drittstaaten abgeschlossen hat, einschließlich der Handelsabkommen, Rückübernahmeklauseln aufgenommen worden sind, womit die Einwanderungspolitik der EU, die sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene durch eine unzureichende parlamentarische Kontrolle gekennzeichnet ist, zunehmend nach außen verlagert wird; fordert Kommission und Rat deshalb auf, ***dieses Praxis einzustellen und in den Fällen, in denen diese Klauseln dennoch aufgenommen werden,*** das Europäische Parlament bereits in einer frühen Phase der Verhandlungen über ein solches Abkommen einzubeziehen und ihm regelmäßig über die Zahl der Personen, die auf der Grundlage dieser Klauseln aus der EU abgeschoben werden, Bericht zu erstatten;	91. ist besorgt über die Tatsache, dass seit 2002 in die meisten bilateralen Abkommen, die die EU mit Drittstaaten abgeschlossen hat, einschließlich der Handelsabkommen, Rückübernahmeklauseln aufgenommen worden sind, womit die Einwanderungspolitik der EU, die sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene durch eine unzureichende parlamentarische Kontrolle gekennzeichnet ist, zunehmend nach außen verlagert wird; fordert Kommission und Rat deshalb auf, das Europäische Parlament bereits in einer frühen Phase der Verhandlungen über ein solches Abkommen einzubeziehen und ihm regelmäßig über die Zahl der Personen, die auf der Grundlage dieser Klauseln aus der EU abgeschoben werden, Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 174
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 92

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
92. setzt sich für die Meinungsfreiheit als Grundwert der EU ein; ist der Auffassung, dass sie im Rahmen der geltenden Gesetze und verantwortungsbewusst wahrgenommen werden und auf der Achtung des Rechts ***und dem Respekt gegenüber den Gefühlen*** des anderen beruhen muss; ***räumt ein, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen Forderungen ständiger Gegenstand einer demokratischen Debatte sein muss;***	92. setzt sich für die Meinungsfreiheit als Grundwert der EU ein; ist der Auffassung, dass sie im Rahmen der geltenden Gesetze und verantwortungsbewusst wahrgenommen werden und auf der Achtung des Rechts des anderen beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 175
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 93

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
93. begrüßt die insgesamt zufriedenstellende Lage, was die Pressefreiheit in den Mitgliedstaaten betrifft, zumal ***25*** Mitgliedstaaten zu den ***50*** ersten in der Rangliste zur weltweiten Situation der Pressefreiheit 2007 gehören, die „Reporter ohne Grenzen“ aufgestellt hat***, und Bulgarien und Polen den 51. und 56. Platz einnehmen***;	93. begrüßt die insgesamt zufrieden stellende Lage, was die Pressefreiheit in den Mitgliedstaaten betrifft, zumal ***alle 27*** Mitgliedstaaten zu den ***56*** ersten in der Rangliste zur weltweiten Situation der Pressefreiheit 2007 gehören, die „Reporter ohne Grenzen“ aufgestellt hat ;

Or. en

Änderungsantrag 176
Sarah Ludford

Entschließungsantrag
Ziffer 94

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
94. fordert die Mitgliedstaaten, die in den letzten Jahren mit Hilfe ihrer Justiz gegen das Recht von Journalisten auf Geheimhaltung ihrer Quellen verstoßen haben, auf, ihre Rechtsvorschriften und ihr Vorgehen gemäß dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 27. März 1996 und der Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten zum Recht von Journalisten, ihre Informationsquellen nicht bekanntzugeben[1], zu verbessern, da der Verstoß gegen dieses Recht gegenwärtig die größte Gefahr für die Meinungsfreiheit von Journalisten in der EU darstellt und in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen waren;	94. fordert die Mitgliedstaaten, die in den letzten Jahren mit Hilfe ihrer Justiz gegen das Recht von Journalisten auf Geheimhaltung ihrer Quellen ***und von Journalisten sowie Redakteuren Informationen zu veröffentlichen,*** verstoßen haben, ***beziehungsweise planen ihre Rechtsvorschriften in diesem Sinne zu ändern,*** auf, ihre Rechtsvorschriften und ihr Vorgehen gemäß dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 27. März 1996 und der Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten zum Recht von Journalisten, ihre Informationsquellen nicht bekannt zu geben[2], zu verbessern, da der Verstoß gegen dieses Recht gegenwärtig die größte Gefahr für die Meinungsfreiheit von Journalisten in der EU darstellt und in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen waren;

Or. en

Änderungsantrag 177
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. ist der Auffassung, dass die Pressefreiheit immer im Rahmen der	96. ist der Auffassung, dass die Pressefreiheit immer im Rahmen der

[1] (Empfehlung R (2000)7)
[2] Empfehlung R (2000)7

geltenden Gesetze wahrgenommen werden muss; ist jedoch gleichzeitig besorgt darüber, dass die in den letzten Jahren herrschende Tendenz, bestimmte Themen aus der öffentlichen Debatte zu verbannen, in vielen Mitgliedstaaten zu einer inoffiziellen Zensur bzw. zur Selbstzensur in den Medien führt;	geltenden Gesetze wahrgenommen werden muss; ist jedoch gleichzeitig besorgt darüber, dass die in den letzten Jahren herrschende Tendenz, bestimmte Themen aus der öffentlichen Debatte zu verbannen, ***und insbesondere der Versuch, Religion zu einem rein privaten Bereich zu degradieren,*** in vielen Mitgliedstaaten zu einer inoffiziellen Zensur bzw. zur Selbstzensur in den Medien führt;

Or. en

Änderungsantrag 178
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 97

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
97. verurteilt jede Form von Gewalt gegen Kinder und betont insbesondere, dass die in den Mitgliedstaaten am häufigsten auftretenden Formen von Gewalt bekämpft werden müssen: sexueller Missbrauch, Gewalt in der Familie, körperliche Züchtigung in den Schulen und verschiedene Formen von Missbrauch in Heimen; fordert die Schaffung von sicheren, vertraulichen und zugänglichen Mechanismen, in denen die Kinder in allen Mitgliedstaaten Gewalt anzeigen können; fordert, dass diese Mechanismen eine breite Öffentlichkeit erreichen;	97. verurteilt jede Form von Gewalt gegen Kinder und betont insbesondere, dass die in den Mitgliedstaaten am häufigsten auftretenden Formen von Gewalt bekämpft werden müssen: ***Pädophilie,*** sexueller Missbrauch, Gewalt in der Familie, körperliche Züchtigung in den Schulen und verschiedene Formen von Missbrauch in Heimen; fordert die Schaffung von sicheren, vertraulichen und zugänglichen Mechanismen, in denen die Kinder in allen Mitgliedstaaten Gewalt anzeigen können; fordert, dass diese Mechanismen eine breite Öffentlichkeit erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 179
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 98

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
98. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***entschiedene*** Maßnahmen zum Verbot der verschiedenen Formen der Ausbeutung von Kindern zu ergreifen, einschließlich Ausbeutung zum Zweck vom Prostitution, Drogenhandel, Taschendiebstahl, Bettelei und jede andere Form der Ausbeutung;	98. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***wirksame*** Maßnahmen zum Verbot der verschiedenen Formen der Ausbeutung von Kindern zu ergreifen, einschließlich Ausbeutung zum Zweck vom Prostitution, ***Herstellung kinderpornographischen Materials,*** Drogenhandel, Taschendiebstahl, Bettelei und jede andere Form der Ausbeutung;

Or. en

Änderungsantrag 180
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 100

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
100. betont, dass sichergestellt werden muss, dass bei allen Maßnahmen, die auf EU- und auf nationaler Ebene ergriffen werden, zu beachten ist, dass Kinderarbeit in jeder Form beseitigt werden muss; ist der Auffassung, dass Ganztagsschulen die beste Möglichkeit darstellen, dieses Problem zu lösen, d. h. gleichzeitig Kinderarbeit zu verhindern und künftig den Teufelskreis aus Analphabetismus und Armut zu durchbrechen;	100. betont, dass sichergestellt werden muss, dass bei allen Maßnahmen, die auf EU- und auf nationaler Ebene ergriffen werden, zu beachten ist, dass Kinderarbeit in jeder Form beseitigt werden muss; ist der Auffassung, dass Ganztagsschulen die beste Möglichkeit darstellen, dieses Problem zu lösen, d. h. gleichzeitig Kinderarbeit zu verhindern und künftig den Teufelskreis aus Analphabetismus und Armut zu durchbrechen; ***ist der Auffassung, dass durch alle Mitgliedstaaten zumindest der kostenlose Besuch der Sekundarstufe gewährleistet werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 181
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 102

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
102. verweist darauf, dass nahezu 20 % der Kinder in der EU unter der Armutsschwelle leben und dass die am meisten gefährdeten unter ihnen aus Familien mit nur einem Elternteil und/oder im Ausland geborenen Eltern stammen; fordert deshalb nachdrücklich, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung ergriffen werden, bei denen die Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Familien, und fordert die Mitgliedstaaten auf, vor allem jene mit den höchsten Armutsraten, sich ehrgeizige, aber realisierbare Ziele für die Verringerung der Kinderarmut zu setzen;	102. verweist darauf, dass nahezu 20 % der Kinder in der EU unter der Armutsschwelle leben und dass die am meisten gefährdeten unter ihnen aus Familien mit nur einem Elternteil und/oder im Ausland geborenen Eltern stammen; ***betont, dass die Bekämpfung des Zerfalls der Familien als eine wirksame Maßnahme zur Erreichung des erklärten Ziel der EU zur Bekämpfung der Kinderarmut betrachtet werden sollte;*** fordert deshalb nachdrücklich, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung ergriffen werden, bei denen die Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Familien, und fordert die Mitgliedstaaten auf, vor allem jene mit den höchsten Armutsraten, sich ehrgeizige, aber realisierbare Ziele für die Verringerung der Kinderarmut zu setzen;

Or. en

Änderungsantrag 182
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 102

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
102. verweist darauf, dass nahezu 20 % der Kinder in der EU unter der Armutsschwelle leben und dass die am meisten gefährdeten unter ihnen aus Familien mit nur einem Elternteil und/oder im Ausland geborenen Eltern stammen;	102. verweist darauf, dass nahezu 20 % der Kinder in der EU unter der Armutsschwelle leben und dass die am meisten gefährdeten unter ihnen aus Familien mit nur einem Elternteil und/oder im Ausland geborenen Eltern stammen;

fordert deshalb nachdrücklich, dass geeignete Maßnahmen ***zur Unterstützung*** ergriffen werden, bei denen die Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Familien, und fordert die Mitgliedstaaten auf, vor allem jene mit den höchsten Armutsraten, sich ehrgeizige, aber realisierbare Ziele für die Verringerung der ***Kinderarmut*** zu setzen;	fordert deshalb nachdrücklich, dass geeignete Maßnahmen ***für den Zugang zu Rechten*** ergriffen werden, bei denen die Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Familien, und fordert die Mitgliedstaaten auf, vor allem jene mit den höchsten Armutsraten, sich ehrgeizige, aber realisierbare Ziele für die Verringerung der ***Armut von Kindern und ihren Familien*** zu setzen;
	Or. fr

Änderungsantrag 183
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. fordert die Kommission auf, sich um die Aufnahme der verschiedenen Strategien, die sich gezielt mit Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Integration von Minderheiten beschäftigen, in alle einschlägigen Entwicklungsstrategien zu bemühen, einschließlich der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und der Richtprogramme;	103. fordert die Kommission auf, sich um die Aufnahme der verschiedenen Strategien, die sich gezielt mit Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Integration von Minderheiten beschäftigen, in alle einschlägigen Entwicklungsstrategien zu bemühen, einschließlich der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und der Richtprogramme; ***fordert ferner die Mitgliedstaaten auf, durch zunehmende grenzüberschreitende Zusammenarbeit, spezialisierte Ausbildung und Umsetzung dementsprechender rechtlicher Normen wirksam gegen Kinderhandel vorzugehen;***
	Or. en

Änderungsantrag 184
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 103

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
103. fordert die Kommission auf, sich um die Aufnahme der verschiedenen Strategien, die sich gezielt mit ***Kinderarmut***, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Integration von Minderheiten beschäftigen, in alle einschlägigen Entwicklungsstrategien zu bemühen, einschließlich der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und der Richtprogramme;	103. fordert die Kommission auf, sich um die Aufnahme der verschiedenen Strategien, die sich gezielt mit ***Armut von Kindern und ihren Familien***, Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Integration von Minderheiten beschäftigen, in alle einschlägigen Entwicklungsstrategien zu bemühen, einschließlich der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und der Richtprogramme;

Or. fr

Änderungsantrag 185
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 104

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
104. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der vielfältigen Diskriminierung von Kindern besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die häufig die verschiedensten Formen annimmt, von der vor allem Straßenkinder, die ethnischen Minderheiten oder Migrantengruppen angehören, sowie behinderte Kinder betroffen sind und die dazu führt, dass ihnen der Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge verwehrt bleibt;	104. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, der vielfältigen Diskriminierung von Kindern besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die häufig die verschiedensten Formen annimmt, von der vor allem ***Kinder, die in Armut leben,*** Straßenkinder, die ethnischen Minderheiten oder Migrantengruppen angehören, sowie behinderte Kinder betroffen sind und die dazu führt, dass ihnen der Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge verwehrt bleibt;

Or. fr

Änderungsantrag 186
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 106

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
106. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sämtliche Beschränkungen des Rechts der Eltern auf Kontakte zu ihren Kindern zu beseitigen, die sich aus unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten ergeben, insbesondere in Bezug auf die Entscheidung, bei den Kontakten eine andere als die Amtssprache des jeweiligen Landes zu verwenden, sofern diese Praktik den Interessen des betroffenen Kindes schadet und Eltern und Kinder aus Gründen der Sprache diskriminiert;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 187
Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Jaime Mayor Oreja

Entschließungsantrag
Ziffer 110

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
110. fordert die Mitgliedstaaten auf, tätig zu werden, damit das Recht des Kindes auf eine Familie gewährleistet wird, und deshalb dafür zu sorgen, dass wirksame Lösungen gefunden werden, um die Aussetzung von Kindern zu verhindern; fordert die Mitgliedstaaten auf, Kinder nicht länger in großen Heimen unterzubringen und statt dessen die bestehenden Strukturen zu reformieren und wirksame alternative pädagogische Strukturen zu entwickeln und zu fördern, die eine Betreuung in Familien oder Gemeinschaften ermöglichen; ***fordert die***	110. fordert die Mitgliedstaaten auf, tätig zu werden, damit das Recht des Kindes auf eine Familie gewährleistet wird, und deshalb dafür zu sorgen, dass wirksame Lösungen gefunden werden, um die Aussetzung von Kindern zu verhindern; fordert die Mitgliedstaaten auf, Kinder nicht länger in großen Heimen unterzubringen und statt dessen die bestehenden Strukturen zu reformieren und wirksame alternative pädagogische Strukturen zu entwickeln und zu fördern, die eine Betreuung in Familien oder Gemeinschaften ermöglichen;

Kommission auf, eine gemeinsame Definition für Auslandsadoptionen und eine EU-Politik in diesem Bereich zu prüfen und vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 188
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 110

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
110. fordert die Mitgliedstaaten auf, tätig zu werden, damit das Recht des Kindes auf eine Familie gewährleistet wird, und deshalb dafür zu sorgen, dass wirksame Lösungen gefunden werden, um die Aussetzung von Kindern zu verhindern; fordert die Mitgliedstaaten auf, Kinder nicht länger in großen Heimen unterzubringen und statt dessen die bestehenden Strukturen zu reformieren und wirksame alternative pädagogische Strukturen zu entwickeln und zu fördern, die eine Betreuung in Familien oder Gemeinschaften ermöglichen; fordert die Kommission auf, eine gemeinsame Definition für Auslandsadoptionen und eine EU-Politik in diesem Bereich zu prüfen und vorzuschlagen;	110. fordert die Mitgliedstaaten auf, tätig zu werden, damit das Recht des Kindes auf eine Familie gewährleistet wird, und deshalb dafür zu sorgen, dass wirksame Lösungen gefunden werden, um ***die Trennung von Eltern und Kindern sowie*** die Aussetzung von Kindern zu verhindern; fordert die Mitgliedstaaten auf, Kinder nicht länger in großen Heimen unterzubringen und statt dessen die bestehenden Strukturen zu reformieren und wirksame alternative pädagogische Strukturen zu entwickeln und zu fördern, die eine Betreuung in Familien oder Gemeinschaften ermöglichen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, im Falle der Unterbringung die notwendigen Mittel für die Rückkehr des Kindes in seine Familie bereitzustellen;*** fordert die Kommission auf, eine gemeinsame Definition für Auslandsadoptionen und eine EU-Politik in diesem Bereich zu prüfen und vorzuschlagen;

Or. fr

Änderungsantrag 189
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 112

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
112. stellt fest, dass die Verfügbarkeit der Betreuung von Kleinkindern in Gemeinschaftseinrichtungen (Krippen, Kindergärten) die beste Möglichkeit darstellt, um Probleme im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu lösen und zu gewährleisten, dass Kinder bereits im frühen Alter angemessen gefördert werden, Chancengleichheit erhalten und sozialisiert werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 190
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 116

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
116. ist der Auffassung, dass Armut und soziale Ausgrenzung nur bekämpft werden können, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller gewährleistet werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Entscheidung, das Jahr 2010 zum europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erklären; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich diesbezüglich ehrgeizige Ziele zu setzen und diese auch zu realisieren;	116. ist der Auffassung, dass Armut und soziale Ausgrenzung nur bekämpft werden können, wenn ***die gesamten Grundrechte, und insbesondere*** die wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller**,** gewährleistet werden; begrüßt in diesem Zusammenhang die Entscheidung, das Jahr 2010 zum europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erklären; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich diesbezüglich ehrgeizige Ziele zu setzen und diese auch zu realisieren;

Or. fr

Änderungsantrag 191
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 117

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
117. betont, dass es einen Grundbestand an Grundrechten gibt, die unteilbar sind und in einer Wechselbeziehung stehen und ***die*** für alle Menschen gewährleistet sein ***müssen***;	117. betont, dass es einen Grundbestand an Grundrechten gibt, die unteilbar sind und in einer Wechselbeziehung stehen und ***zu denen der tatsächliche Zugang*** für alle Menschen gewährleistet sein ***muss***;

Or. fr

Änderungsantrag 192
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 117

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
117. betont, dass es einen Grundbestand an Grundrechten gibt, die unteilbar sind und in einer Wechselbeziehung stehen und die für alle Menschen gewährleistet sein müssen;	117. betont, dass es einen Grundbestand an Grundrechten gibt, die unteilbar sind und in einer Wechselbeziehung stehen und die für alle Menschen gewährleistet sein müssen; ***fordert die Ausarbeitung gemeinsamer EU-Standards im Bereich der sozialen Rechte;***

Or. en

Änderungsantrag 193
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 118

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
118. fordert die Mitgliedstaaten, die die vom Europarat überarbeitete Europäische Sozialcharta noch nicht ratifiziert haben, auf, dies unverzüglich zu tun;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 194
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 118

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
118. fordert die Mitgliedstaaten, die die vom Europarat überarbeitete Europäische Sozialcharta noch nicht ratifiziert haben, auf, dies unverzüglich zu tun;	118. fordert die Mitgliedstaaten, die die vom Europarat überarbeitete Europäische Sozialcharta noch nicht ratifiziert haben, auf, dies unverzüglich zu tun ***und sich an eine maximale Anzahl von Artikeln und Absätzen der Charta gebunden zu fühlen***;

Or. en

Änderungsantrag 195
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 118 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	118a. betont nachdrücklich, dass in Artikel 30 der überarbeiteten Europäischen Sozialcharta das Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung festgelegt ist, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Charta zu ratifizieren;

Or. fr

Änderungsantrag 196
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 119 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	119a. betont nachdrücklich, dass äußerste Armut und soziale Ausgrenzung eine Verletzung sämtlicher Grundrechte darstellen;

Or. fr

Änderungsantrag 197
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 120

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
120. spricht sich für eine echte Einbeziehung der sozialen Dimension in sämtliche Politikbereiche der EU aus;	120. spricht sich für eine echte Einbeziehung der sozialen Dimension ***und der Grundrechte*** in sämtliche Politikbereiche der EU aus;

Or. fr

Änderungsantrag 198
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 122

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
122. fordert die Schaffung von europäischen Instrumenten, mit denen hohe soziale Standards geschaffen werden, damit für alle Zugang zu angemessenen Einkommen und	***entfällt***

hochwertigen Diensten von allgemeinem Interesse gewährleistet ist;

Or. en

Änderungsantrag 199
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 122

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
122. fordert die Schaffung von europäischen Instrumenten, mit denen hohe soziale Standards geschaffen werden, damit für alle Zugang zu angemessenen Einkommen und hochwertigen Diensten von allgemeinem Interesse gewährleistet ist;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 200
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 123

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
123. ist der Auffassung, dass ein universeller Zugang zu Diensten von allgemeinem Interesse ein wichtiges soziales Recht darstellt;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 201
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Neuer Titel zwischen Ziffer 24 und 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Obdachlosigkeit

Or. en

Änderungsantrag 202
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Ziffer 124 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	124a. fordert den Rat auf, sich darauf zu einigen, dass EU-weit der Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2015 ein Ende gemacht wird;

Or. en

Änderungsantrag 203
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Ziffer 124 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	124b. fordert die Kommission auf, eine europäische Rahmendefinition von Obdachlosigkeit auszuarbeiten, vergleichbare und zuverlässige statistische Daten zu erheben und jährlich über die neuesten Maßnahmen und Fortschritte in den Mitgliedstaaten der EU zur Beendigung der Obdachlosigkeit zu berichten;

Or. en

Änderungsantrag 204
Mary Lou McDonald, Claude Moraes

Entschließungsantrag
Ziffer 124 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	124c. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, als Teil einer breiter angelegten Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit Winternotfallpläne auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 205
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 125

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
125. betont, dass im Zentrum eines jeglichen Gesundheitsfürsorge- und Pflegesystem der Einzelne als Empfänger der Dienstleistungen stehen muss und dass seine Rechte Vorrang vor der Rentabilität der öffentlichen Gesundheitsdienste haben müssen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 206
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 125

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
125. betont, dass im Zentrum eines jeglichen Gesundheitsfürsorge- und Pflegesystem der Einzelne als Empfänger der Dienstleistungen stehen muss und dass seine Rechte Vorrang vor der Rentabilität der öffentlichen Gesundheitsdienste haben müssen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 207
Konrad Szymański

Entschließungsantrag
Ziffer 125

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
125. betont, dass im Zentrum eines jeglichen Gesundheitsfürsorge- und Pflegesystem der Einzelne als Empfänger der Dienstleistungen stehen muss und dass ***seine Rechte Vorrang vor der*** Rentabilität der öffentlichen Gesundheitsdienste ***haben müssen***;	125. betont, dass im Zentrum eines jeglichen Gesundheitsfürsorge- und Pflegesystem der Einzelne als Empfänger der Dienstleistungen stehen muss und dass ***die*** Rentabilität der öffentlichen Gesundheitsdienste ***nicht vor der Achtung der Würde des Menschen stehen kann***;

Or. en

Änderungsantrag 208
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 126

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
126. stellt fest, dass einige Mitgliedstaten den Anteil der Kosten der Gesundheitsfürsorge, der von den Patienten zu tragen ist, anheben, und fordert in diesem Zusammenhang, dass	***entfällt***

benachteiligte Gruppen weiter kostenlosen Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten haben; betont, dass ein umfassender Versicherungsschutz auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen und eine Absicherung gegen Armut und soziale Ausgrenzung bieten muss, die vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen sowie jenen zugute kommt, deren gesundheitlicher Zustand intensive, langfristige oder kostspielige Betreuung erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 209
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 126

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
126. stellt fest, dass einige Mitgliedstaten den Anteil der Kosten der Gesundheitsfürsorge, der von den Patienten zu tragen ist, anheben, und fordert in diesem Zusammenhang, dass benachteiligte Gruppen weiter kostenlosen Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten haben; betont, dass ein umfassender Versicherungsschutz auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen und eine Absicherung gegen Armut und soziale Ausgrenzung bieten muss, die vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen sowie jenen zugute kommt, deren gesundheitlicher Zustand intensive, langfristige oder kostspielige Betreuung erfordert;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 210
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 127

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
127. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die Koordinierung von Präventivprogrammen im Bereich der Gesundheit für verschiedene Altersgruppen, bei denen es vor allem um die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung geht, zu fördern und der Prävention bei der Wahrnehmung von Gesundheitsdiensten eine deutlich höhere Priorität einzuräumen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 211
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 127 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	127a. fordert die Mitgliedstaaten und die EU auf, sicherzustellen, dass Personen, die Suchtstoffe missbrauchen, vollen Zugang zu spezialisierten Gesundheitsdiensten und alternativer Behandlung haben und nicht als Kriminelle behandelt werden, nur weil sie illegale Drogen konsumieren;

Or. en

Änderungsantrag 212
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 129

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
129. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission – wenn diese neue diesbezügliche Vorschläge erarbeitet – auf, zu beachten, dass die geltenden Rechte der Arbeitnehmer durch neue Rechte ergänzt werden müssen, wie das Recht auf Zugang zu lebenslanger Bildung und Weiterbildung;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 213
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 130

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
130. stellt fest, dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 214
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 130

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
130. stellt fest, dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 215
Íñigo Méndez de Vigo

Entschließungsantrag
Ziffer 130

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
130. stellt fest, dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ***ihre Grundbedürfnisse befriedigen*** können;	130. stellt fest, dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ***ein würdevolles Leben führen*** können;

Or. fr

Änderungsantrag 216
Martine Roure

Entschließungsantrag
Ziffer 130

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
130. stellt fest, dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können;	130. stellt fest, ***dass nicht alle Mitgliedstaaten über nationale Rechtsvorschriften zur Festlegung eines Mindestlohns verfügen und*** dass der Mindestlohn in vielen Mitgliedstaaten sehr gering ist bzw. unter dem Existenzminimum liegt, und spricht sich deshalb dafür aus, dass auf europäischer Ebene eine Methode zur Festlegung der nationalen Mindestlöhne geschaffen wird, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer in der EU so entlohnt werden, dass sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können;

Or. fr

Änderungsantrag 217
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 132

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
132. ermuntert die Unternehmen, sich Verfahren für die Einstellung und die berufliche Entwicklung zu eigen zu machen, die ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht zu Diskriminierungen führen, und so die Beschäftigung von Frauen und auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zu fördern;	132. ermuntert die Unternehmen, sich Verfahren für die Einstellung und die berufliche Entwicklung zu eigen zu machen, die ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht zu Diskriminierungen führen, und so die Beschäftigung von Frauen***, Jugendlichen*** und auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 218
Marian-Jean Marinescu

Entschließungsantrag
Ziffer 132 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132a. verweist darauf, dass Diskriminierung auch als Beeinträchtigung der vier Grundfreiheiten - insbesondere der Freizügigkeit von Personen - gesehen werden muss und als solche ein Hindernis für das Funktionieren des Binnenmarktes darstellt; fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihre Übergangsbestimmungen für die Regulierung des Zugangs zu ihren Arbeitsmärkten zu überprüfen, um diesbezügliche Unterschiede zwischen den europäischen Bürgern zu beseitigen;

Or. en

Änderungsantrag 219
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 132 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132a. fordert die Mitgliedstaaten, die Prostitution verbieten und Sexarbeiterinnen kriminalisieren, ihre Rechtsvorschriften so zu ändern, dass gewährleistet wird, dass diese Personen nicht von kriminellen Organisationen ausgebeutet werden, dass ihnen ihre Grundrechte garantiert werden und dass sie zu angemessenen sozialen und gesundheitlichen Diensten Zugang haben;

Or. en

Änderungsantrag 220
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 133

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren hochwertige Arbeitsplätze anzubieten und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass solche Strategien auch Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit berücksichtigen sollten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 221
Metin Kazak

Entschließungsantrag
Ziffer 133

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren hochwertige Arbeitsplätze anzubieten und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass solche Strategien auch Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, gute	133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren hochwertige Arbeitsplätze anzubieten und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass solche Strategien auch Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, gute

Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit berücksichtigen sollten;	Arbeitsbedingungen***, sozialen Schutz*** und Arbeitsplatzsicherheit berücksichtigen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 222
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 133

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren hochwertige Arbeitsplätze anzubieten und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass solche Strategien auch Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, gute Arbeitsbedingungen und ***Arbeitsplatzsicherheit*** berücksichtigen sollten;	133. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Strategien vorzuschlagen, die darauf abzielen, den am schwersten auf dem Arbeitsmarkt Vermittelbaren hochwertige Arbeitsplätze anzubieten und das Phänomen der Erwerbsarmut anzugehen; ist der Auffassung, dass solche Strategien auch Fragen einer gerechten Entlohnung, eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Berufs- und Familienleben, gute Arbeitsbedingungen und ***Beschäftigungsmöglichkeiten*** berücksichtigen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 223
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 133 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	133a. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Umsetzung der Lissabon-Strategie mit besonderem Schwerpunkt auf die Förderung von Beschäftigungsmöglichkeit zu

beschleunigen;

Or. en

Änderungsantrag 224
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 138

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
138. ***weist nachdrücklich auf*** die ***Tatsache hin, dass die oberste Aufgabe der Arbeitsaufsicht darin besteht, Arbeitnehmer zu schützen, und nicht, die Einwanderungsgesetze anzuwenden, und fordert die*** Mitgliedstaaten ***deshalb auf,***	138. ***fordert*** die Mitgliedstaaten ***auf:***

Or. en

Änderungsantrag 225
Mario Mauro, Stefano Zappalà, Roberta Angelilli

Entschließungsantrag
Ziffer 138 – erster Spiegelstrich

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
~ - Fragen der Rechtsstellung von Einwanderern von Inspektionen am Arbeitsplatz zu trennen, und dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere *Rechtsbehelf* gegen einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält, ***ohne dass ihnen die Ausweisung droht***;	~ - Fragen der Rechtsstellung von Einwanderern von Inspektionen am Arbeitsplatz zu trennen, und dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere ***anonym*** *Rechtsbehelfe* gegen einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält;

Or. it

Änderungsantrag 226
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 138 – erster Spiegelstrich

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– ***Fragen der Rechtsstellung von Einwanderern von Inspektionen am Arbeitsplatz zu trennen, und*** dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere Rechtsbehelf gegen einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält, ohne dass ihnen die Ausweisung droht;	– dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltspapiere Rechtsbehelf gegen einen Arbeitgeber einlegen können, der sich gesetzwidrig verhält, ohne dass ihnen die Ausweisung droht;

Or. en

Änderungsantrag 227
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 139

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
139. stellt fest, dass Wohnraum in Europa zunehmend zu einer Ware wird, was zu ständigen und unangemessenen Preiserhöhungen führt und viele Menschen vom Immobilienmarkt ausschließt, wodurch ihr Recht auf angemessenen Wohnraum verletzt wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 228
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 139

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
139. stellt fest, dass Wohnraum in Europa zunehmend zu einer Ware wird, was zu ständigen und unangemessenen Preiserhöhungen führt und viele Menschen vom Immobilienmarkt ausschließt, wodurch ihr Recht auf angemessenen Wohnraum verletzt wird;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 229
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 139

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
139. stellt fest, dass Wohnraum in Europa zunehmend zu einer Ware wird, was zu ständigen und unangemessenen Preiserhöhungen führt und viele Menschen vom Immobilienmarkt ausschließt, wodurch ihr Recht auf angemessenen Wohnraum verletzt wird;	139. stellt fest, dass Wohnraum in Europa zunehmend zu einer Ware wird, was zu ständigen und unangemessenen Preiserhöhungen führt und viele Menschen vom Immobilienmarkt ausschließt, wodurch ihr Recht auf angemessenen Wohnraum verletzt wird; ***erinnert daran, dass die Rückgabe des Eigentums an beschlagnahmten Häuser in einigen Mitgliedstaaten zu einer Vielzahl von sozialen Problemen geführt hat, von denen einige bislang noch nicht gelöst wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 230
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 140

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
140. ist der Auffassung, dass die unzureichende Zahl angemessener und erschwinglicher Wohnungen in allen europäischen Staaten dazu beiträgt, dass Menschen arm werden und arm bleiben; fordert die Kommission angesichts der Tatsache, dass die Frage des Wohnraums bei den Maßnahmen zur sozialen Integration eine wichtige Rolle spielt, auf, die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung ihres sozialen Wohnungsbaus zu unterstützen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 231
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 140

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
140. ist der Auffassung, dass die unzureichende Zahl angemessener und erschwinglicher Wohnungen in allen europäischen Staaten dazu beiträgt, dass Menschen arm werden und arm bleiben; ***fordert die Kommission angesichts der Tatsache, dass die Frage des Wohnraums bei den Maßnahmen zur sozialen Integration eine wichtige Rolle spielt, auf, die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung ihres sozialen Wohnungsbaus zu unterstützen;***	140. ist der Auffassung, dass die unzureichende Zahl angemessener und erschwinglicher Wohnungen in allen europäischen Staaten dazu beiträgt, dass Menschen arm werden und arm bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 232
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 141

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
141. fordert die Mitgliedstaaten auf, Wohnraumstrategien mit klar definierten Zielen, Prioritäten und Mittelausstattungen zu schaffen und sich dabei an den Mindeststandards zu orientieren, die in dem Standpunkt des Kommissars für Menschenrechte des Europarates zum Recht auf Wohnraum, veröffentlicht im Oktober 2007, beschrieben wurden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 233
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 141

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
141. fordert die Mitgliedstaaten auf, Wohnraumstrategien mit klar definierten Zielen, Prioritäten und Mittelausstattungen zu schaffen und sich dabei an den Mindeststandards zu orientieren, die in dem Standpunkt des Kommissars für Menschenrechte des Europarates zum Recht auf Wohnraum, veröffentlicht im Oktober 2007, beschrieben wurden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 234
Marian-Jean Marinescu

Entschließungsantrag
Ziffer 142

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
142. ist der Auffassung, dass die Alterung der Bevölkerung eine Herausforderung darstellt und als Chance betrachtet werden sollte, um Menschen mit langjährigen und wertvollen Erfahrungen enger in die Gesellschaft einzubeziehen, womit ein aktives Altern gefördert wird;	142. ist der Auffassung, dass die Alterung der Bevölkerung eine Herausforderung darstellt und als Chance betrachtet werden sollte, um Menschen mit langjährigen und wertvollen Erfahrungen enger in die Gesellschaft einzubeziehen, womit ein aktives Altern gefördert wird; ***vertritt die Auffassung, dass Anstrengungen zur Einbeziehung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt unternommen werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 235
Ignasi Guardans Cambó

Entschließungsantrag
Ziffer 144

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
144. empfiehlt den Mitgliedstaaten, systematische medizinische Untersuchungen für Senioren einzurichten, um die Verschlechterung ihrer Lebensqualität sowie, sofern möglich, eine länger andauernde Hospitalisierung zu verhindern und, sofern möglich, eine Betreuung im häuslichen Umfeld zu bevorzugen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 236
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 144

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
144. empfiehlt den Mitgliedstaaten, ***systematische medizinische Untersuchungen*** für Senioren ***einzurichten***, um die Verschlechterung ihrer Lebensqualität sowie, sofern möglich, eine länger andauernde Hospitalisierung zu verhindern und, sofern möglich, eine Betreuung im häuslichen Umfeld zu bevorzugen;	144. empfiehlt den Mitgliedstaaten, ***eine angemessene Gesundheitsfürsorge*** für Senioren ***zu gewährleisten***, um die Verschlechterung ihrer Lebensqualität sowie, sofern möglich, eine länger andauernde Hospitalisierung zu verhindern und, sofern möglich, eine Betreuung im häuslichen Umfeld zu bevorzugen;

Or. en

Änderungsantrag 237
Marco Cappato

Entschließungsantrag
Ziffer 144 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	144a. fordert, die Mitgliedstaaten auf, die dies noch nicht getan haben, Rechtsvorschriften über Patientenverfügungen zu verabschieden, um zu gewährleisten, dass Artikel 9 der Oviedo-Konvention über Menschenrechte und Biomedizin umgesetzt wird („Kann ein Patient zum Zeitpunkt der medizinischen Intervention seinen Willen nicht äußern, so sind die Wünsche zu berücksichtigen, die er früher im Hinblick auf eine solche Intervention geäußert hat.) und das Recht, in Würde zu sterben, zu regeln;

Or. en